

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 33.

Sonnabend, den 13. August 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Wirtschaftliche Entwicklung und Proletariat. — Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben. II. — Vom Freiburger Steinhauergewerbe. — Zu den Lohnunterschieden bei der Firma Hironimus in Ludwigshafen. — Die deutschen Arbeitersekretariate. I. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — An die Statistiker. — Dittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Mehr Agitation in den Steinbruchgebieten. — Die jetzige Baukonjunktur. — Feuilleton: Gesteinsvorkommen in Preußen. II. — Aphorismen. — Soziale Kolonisation und Arbeitsloshilfe. — Der Knecht ist, soll Knecht bleiben. — Unternehmerbildung. — Der Krieg auf den Werften.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gesperret sind: Braunschweig: Sämtliche Betriebe. — Weinsberg: Firma Burrer. — Kürnberg: Verdinger: Firma Treutle. — Mittweida: Granitwerk Petershüt. — Freiburg (Baden): Sämtliche Betriebe. — Ebelsbach a. M.: Sandsteinwerk Pius Arnold. — Eschershausen: Dolomitwerke Küsthardt, Hils und Dröger. — Strabburg (Els.): Aktiengesellschaft für Montierungsbaue. — Ludwigshafen: Firma Hironimus. — Waldürn: Werkplatz Zöllner.

Erfurt-Seebergen. Bei den Firmen Walther und C. A. Merkels Nachf., J. Hartmann, legten 20 Kollegen wegen dauernder Umgehung des Tarifs die Arbeit nieder. In Gotha bei derselben Firma sollte Streikarbeit verrichtet werden — was die Kollegen mit Arbeitsniederlegung beantworteten. Es kommen insgesamt 35 Mann in Frage. Die Firmen suchen im Bayerischen Arbeitswillige.

Unterfränkisches und badiisches Muschelkalkgebiet. Differenzen sind hier bei allen Firmen an der Tagesordnung und finden ihre Ursache in der wilden Affordentlohnung. Es sind unhaltbare Zustände vorhanden.

Maroldsweisach. Die Bayerische Hartsteinindustrie-Aktiengesellschaft (Sitz Würzburg) mahngelagte 21 Kollegen, weil sie ihr Koalitionsrecht ausübten.

Regenborn. Bei der Firma Wiegand, Stadtdorf, legten am 19. Juli die Steinmehnen und Stoker die Arbeit nieder. Der Geschäftsführer Sonntag gibt sich alle Mühe, Arbeitswillige anzumerben, aber bislang ohne Erfolg.

Königsberg. Die Firma Eckart hat die entlassenen Steinmehnen wieder eingestellt. Die Aussperrungswut hat sich somit schnell gelegt.

Zwingenberg. Die Einigungsverhandlungen vor dem Bürgermeisteramt sind gescheitert; der Streik wird unverändert weitergeführt. Es kommt die Firma Rütth & Reinmuth in Frage. Etwas im Odenwald um Arbeit nachsuchende Pflastersteinarbeiter mögen sich an die betreffenden Zahlstellenverwaltungen des Bezirks wenden.

Kostof. Die Hilfsarbeiter bei der Firma Lüders, welche anderen Verbänden angehören, sind am 27. Juli in den Streik getreten. Darauf wurden etwa 35 Mitglieder unseres Verbandes ausgesperrt. Diese Einschüchterungspolitik nützte nichts, denn die Firma mußte Lohnzulagen von 2 bis 4 Pfg. pro Stunde gewähren. Für die Hilfsarbeiter ist das ein schöner Erfolg.

Hannover. Mit der Firma Wegener wurde ein Lohnvertrag abgeschlossen. Es werden folgende Stundenlöhne bezahlt: Für Anfänger 42 1/2 Pfg., nach einjähriger Tätigkeit 54 Pfg. Außerdem wurden noch andere Vorteile erzielt.

Sauzenberg. Das Granitwerk Franz Kinatader in Niederbrunnst nahm Lohnkürzungen vor. Die Kollegen legten die Arbeit nieder.

Oesterreich. Nach folgenden Orten ist Zugang zu vermeiden: Neu-Bistritz, Neuhaus, Krakau, Lemberg, Klagenfurt, Olmütz, Hodonin, Wien, Höhelsdorf, Thumeritz, St. Georgen, Linz, Saubsdorf, Nidlasdorf, Zudmantel und Groß-Kunzendorf. Im Pirnaer Gebiet suchte die Firma Hugo Restler aus Groß-Kunzendorf (Oesterreich-Schlesien) 30 Steinarbeiter zu engagieren. Wahrscheinlich sollten diese Leute ins Freiwaldauer Streikgebiet gelockt werden. Also Vorsicht vor solchen Arbeitsangeboten.

Schweiz. Basel. Die Firma Uhlmann ist gesperrt. — St. Margarethen. Die Arbeitslosigkeit unter den Sandsteinmehnen macht sich schon bemerkbar.

Wirtschaftliche Entwicklung und Proletariat.

Die kapitalistische Anwendung der Produktionsmittel hat in dem kurzen Zeitraum der letzten 60 Jahre die ökonomischen Grundlagen in weit einschneidender Weise umgewälzt, als es je zuvor der Fall war. Die kapitalistische Entwicklung ging so rapid vorstatten, daß sie der Kapitalistenklasse über den Kopf wuchs. Die Bourgeoisie vermag der Entwicklung nicht Herr zu werden. Ratlos und rastlos läßt sie der Entwicklung nicht nur freien

Lauf, sondern sie tut auch noch alles, die Entwicklung zum eigenen Verderben zu beschleunigen.

Die kapitalistische Produktionsweise geht darauf aus, Mehrwert zu erzeugen. Es ist das eiserne Bedürfnis des Kapitalismus, nicht nur Waren zu produzieren und Mehrwert zu gewinnen, sondern auch noch die Möglichkeit der Mehrwertgewinnung ständig zu steigern. Dazu war aber unter der zünftigen Produktionsweise des Handwerks keine Möglichkeit geboten. Das Kapital mußte nunmehr dazu übergehen, mehrere Handwerker in einer Werkstatt zusammenzufassen. Dadurch wurden die Kosten für Werkstatt und Handwerkszeug, Rohstoffe und Hilfsmittel verringert und gleichzeitig die Leistungen der Handwerker durch gegenseitigen Wettkampf und beginnende Arbeitsteilung innerhalb der Werkstatt gesteigert. Denn es kommt in der kapitalistischen Produktionsweise darauf an, mit relativ weniger Arbeitskräften eine stets wachsende Menge Produkte zu erzeugen, mit anderen Worten, die Produktivität der Arbeit ständig zu steigern. Das trat schon durch das kooperative Zusammenarbeiten mehrerer Handwerker in einer Werkstatt ein, wurde aber durch die Vereinigung mehrerer Handwerker ganz verschiedener Berufe in der Manufaktur in weit höherem Maße erreicht. Die Ergiebigkeit der Produktion wird durch die einsetzende weitgehende Teilung der Arbeit außerordentlich erhöht. Nun ist es möglich, mit einer relativ geringen Anzahl Arbeitskräften eine ungleich größere Produktivität zu entfalten. Die Waren werden in bedeutend größeren Mengen zu viel niedrigeren Preisen auf den Markt gebracht. Das Kapital vergrößert die auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften entfallende Warenmenge und verbilligt daher die Waren, also auch die Ware Arbeitskraft. Doch die Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeitskraft fand natürliche Grenzen. Es mußte ein Mittel gefunden werden, das die Gütererzeugung unabhängiger von der persönlichen Leistungsfähigkeit produzierender Menschen machte und das die Verbilligung der Waren — also auch der Ware Arbeitskraft — in das Ungemessene zu steigern vermochte. Das Mittel war die Maschine. Die Maschine machte die Warenerzeugung mehr und mehr unabhängig von der persönlichen Leistungsfähigkeit des Arbeiters, dem sie nunmehr die Funktionen im Produktionsprozeß auflegte. Die Produktivität erfuhr eine ungeheure Steigerung, die Waren wurden ungeheuer verbilligt und die Arbeitskraft entwertet. Die Umwälzung ging in kurzer Zeit rapid vor sich — das Handwerkertum versinkt in das Lohnproletariat.

Lebte der Handwerker unter der zünftigen Produktionsweise in geordneten Verhältnissen einer gesicherten Existenz, die auf einen bestimmten Kundenkreis fest begründet war, so liegen die Dinge für die Lohnarbeiterschaft unter der kapitalistischen Warenproduktion ganz anders. Die Arbeitskraft wird zur Ware, die auf dem Arbeitsmarkt gegen ein Sündergeld feilgeboten werden muß, ohne Aussicht auf ein Loskommen von diesem Zustand. Zudem verringert sich die Arbeitsgelegenheit immer mehr, weil durch die kolossale Steigerung der Produktivität mit einer relativ viel kleineren Anzahl von Arbeitskräften eine bei weitem größere Warenmenge erzeugt wird. Dazu kommt, daß infolge eines sich immer mehr vertiefenden Widerspruchs der kapitalistischen Produktionsweise die Absatzgelegenheit für die ungeheuren Warenmengen geringer und geringer wird. Krise folgt auf Krise mit der Hand in Hand gehenden Stilllegung immer wachsender Mengen von Arbeitsmitteln und Arbeitskräften. Aber so verderbenbringend die wirtschaftliche Entwicklung für das Proletariat war und ist, so schult doch gerade sie die durch das Kapital geschaffenen proletarischen Klassenkämpfer und weist ihnen den Weg zur Befreiung aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Rechtlosigkeit.

Gewaltig wächst die Masse der organisierten Arbeiter, die sich aufbauen gegen das Joch, in das sie durch die Kapitalistenklasse gezwängt wurden. Weite und immer weitere Kreise des Proletariats gewinnen durch die unüberwindliche Triebkraft des proletarischen Klassenkampfes — die Solidarität — die Möglichkeit, den abscheulichen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise entgegenzuwirken. Die Kapitalisten können nicht mehr willkürlich die Löhne festsetzen oder kürzen, die Arbeitszeit verlängern, Arbeitsbedingungen aufzwingen und Maßregelungen vornehmen, ohne auf den energischen Widerstand der organisierten Arbeiter zu stoßen und ihre Bemühungen vereitelt zu sehen. Sie sind mehr und mehr auf die Mitwirkung der Arbeiter angewiesen. Sie sind weiter gezwungen worden, dem steigenden Kulturinteresse und Bedürfnis immer zahlreicher werdender Proletarier-schichten Zugeständnisse über Zugeständnisse zu machen. Hier mußte auch sehr bald die moderne Staatsgewalt folgen, „die nur ein Ausschuß für die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie ist“. Die Zeiten unumschränkter Herrschaft und Willkür der Kapitalistenklasse sind endgültig vorbei.

Freilich — der Verdrängung des Arbeiters durch die Maschine und durch die Frauen- und Kinderarbeit vermag das Proletariat ebensovwenig Einhalt zu tun, wie der zunehmenden Kapitalistenkonzentration überhaupt. Wohl aber zieht das klassenbewußte Proletariat wichtige Lehren aus dem Gang der kapitalistischen Entwicklung,

die den Kampf der Arbeiterklasse außerordentlich befruchten und zu einem aussichtsvollen gestalten. Es zeigt sich, wie die Steigerung der Produktivität eine immer schärfer hervortretende Scheidung der Gesellschaft in zwei große Klassen — Bourgeoisie und Proletariat — herbeiführt. Es zeigt sich, wie die Konzentration des Kapitals und der Produktionsmittel ganz von selbst auf die Notwendigkeit der Vergesellschaftlichung oder Verstaatlichung der Produktionsmittel hinweist. Weiter zeigt sich, wie die Maschine unter einer freien sozialen Gesellschaftsform menschliche Arbeitskraft zum Wohle der Gesamtheit ersparen und auf das notwendige kleinste Maß beschränken kann. Dann gibt es keine Klassen von Ausbeutern und Ausgebeuteten mehr. Es dahin zu bringen, ist die Aufgabe des Proletariats.

Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben.

II.

Wie die Erfahrung lehrt, hat nur der Mensch die Möglichkeit, seine Bedürfnisse in ausreichendem Maße und nach eigenem Geschmack zu befriedigen, der die entsprechende Macht hierzu hat. Das Recht des Menschen beruht also auf seiner Macht, und das Streben des Menschen, seinen Willen frei zu betätigen, ist also das Streben nach Macht. Der Wille zur Macht ist die Triebfeder des menschlichen Handelns, sofern das eigene Interesse in Frage kommt. Da in der heutigen Gesellschaft sich alle materiellen Machtmittel im Gelde konzentrieren, so drückt das Streben nach Geld, nach Reichtum, unserm Leben den Stempel auf. Der größte Geldsack verleiht die größte Macht und damit auch das größte Recht. Für Geld kann man alles kaufen: Wissenschaft und Kunst, Ehre und Schönheit, Tugend und Ueberzeugung, die Feder des Schriftstellers und die Stimme des Parlamentariers. Das ist heute der Fall, und so war es auch im untergehenden Altertum. „Ganz Rom ist feil, wenn sich nur ein Käufer findet“, hieß es, und: „Ein mit Gold beladener Esel kann jede Mauer übersteigen!“ Und heutzutage pflegt man zu sagen: „Für Geld kann man den Teufel tanzen sehen!“ Das Geld ist eben die sichtbarste Verkörperung der Macht, und da die Sehnsucht nach Glück und Wohlbehagen ihrer Natur nach unerfülllich ist, so ist auch die Jagd nach dem Gelde zeitlich und räumlich unbegrenzt.

Nun ist aber das Glück nicht lediglich materieller Art, sondern es erstreckt sich auch auf das sozial-geistige Gebiet. Der Mensch will etwas gelten unter seinen Nebenmenschen, er will auf sie Einfluß ausüben, er will sie geistig beherrschen. Darum strebt er nach der Herrschaft über die Geister. Hieraus erklärt sich die Herrschaft der Geistlichen aller Religionsysteme und Parteien, deren Intoleranz und Verfolgungssucht sprichwörtlich geworden ist. Ein herrschsüchtiger Mensch will sich nicht nur die materiellen Machtmittel aneignen, sondern er will auch die Geister und den Gemütern unterjochen und sich dienstbar machen. Aus diesem Grunde erstreckt er das freie, selbständige Denken, indem er Dogmen aufstellt, die andere Leute glauben sollen, und er verfolgt die Andersdenkenden mit unterwürfigem Dasse. Die Kezerverbrennungen des Mittelalters sind leuchtende Beweise des päpstlichen Einflusses. Auch auf die Handlungsweise seiner Nebenmenschen übt der Pfaffe Einfluß zu gewinnen, weshalb er die Kaiser, die die andere befolgen sollen. „Du sollst nicht töten“, heißt das Christentum, während es selbst Millionen Menschen hingemordet hat; „du sollst nicht stehlen!“ heißt es, während Staat und Kirche ganze Länder aufraffen. Die charakteristische Eigenschaft der Machthaber, daß sie die Macht mißbrauchen, um ihr Leben glänzend zu gestalten, während die andern unterdrücken und unglücklich machen; sie nehmen alle Rechte für sich in Anspruch, den andern aberbürden sie die Lasten auf; sie fordern die schrankenlose Bewegungsfreiheit, während sie die andern Menschen geistig und körperlich knebeln.

Und weil sie gelernt haben, daß die Vereinigung größere Macht verleiht, so schließen sich die Herrschsüchtigen zusammen, um die Masse auszubeuten und jeden Widerstand zu brechen. Man betrachte nur das Bündnis zwischen Staat, Kirche und Kapital, um einen Begriff zu bekommen von der Macht, die heutzutage in den Händen der Oberschicht vereinigt ist. Dann versteht man auch die Wahrheit des Wortes, daß Macht vor Recht geht, ja, daß Macht weiter nichts ist als die Erscheinungsform des Rechts.

Der einzelne Mensch will sich ausleben und betrachtet dies als sein gutes Recht; er will dieses Recht durchsetzen und hierzu braucht er die Macht. Der Wille zum Leben ist also der Wille zur Macht und der Kampf ums Recht ist ein Kampf um die Macht. Nun gibt es aber außer ihm noch andere Menschen, mit denen er in einer sozialen Gemeinschaft zusammenlebt, die das gleiche Streben in sich haben. Auch die andern wollen leben, genießen und sich geltend machen. So muß es natürlich zu Reibungen und Zusammenstößen kommen, weil sich die Interessen der Individuen kreuzen und widersprechen. Daher die ewigen Interessenkämpfe zwischen den Einzelmenschen und den Klassen.

Nehmen wir, um dies klar zu machen, ein bekanntes Beispiel. In einem jeden Menschen, der noch nicht durch die Schule des Solibarisimus gegangen ist, steckt der Wunsch, ohne schwere Arbeit und ohne Beschränkung seiner Freiheit ein angenehmes Dasein zu führen; andere Menschen für sich arbeiten zu lassen und die Früchte fremder Arbeit in Ruhe zu genießen, dieser Drang ist den Menschen eingeboren; er zeigt sich bei Individuen so gut wie bei den Gruppen. Dieser Naturtrieb zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurch; er hat die Phantasie des Menschen in Bewegung gesetzt und ihm ein Schlaraffenland vorgegaukelt, in dem ihm die gebaterten Tauben in den Mund fliegen, er hat seinen Verstand angepörrt, sich durch Zähmung von Tieren, Benutzung der Naturkräfte und Ausbeutung seiner Nebenmenschen die eigene Arbeit zu erleichtern, und endlich hat er, seinen Willen angefeuert, sich zum Herren der Schöpfung zu machen und sich als Mittelpunkt des Weltalls zu betrachten.

Nach Lage der Sache läßt sich das Streben nach einer arbeitslosen Existenz nur durch die Verletzung fremder Interessen durchsetzen. Da die Arbeit unter allen Gesellschaftsformen eine Notwendigkeit ist, weil sie den Stoffwechsel vermittelt zwischen Mensch und Natur, so muß sich naturgemäß das arbeitslose Dasein des einen Menschen auf die Ausbeutung fremder Arbeit gründen. Das ist heute der Fall, wie wir es im Leben eines Rentiers beobachten können, und das war früher der Fall, wofür die Sklaverei einen Beweis liefert. Jede Drohne setzt eine Arbeitsbiene voraus, die ihr die Nahrung schafft, und jeder menschliche Schmarotzer baut sein Leben auf den Fleiß anderer Menschen. Die Möglichkeit, ein arbeitsloses Dasein zu führen, beruht natürlich auf der Macht über fremde Arbeitskräfte, auf der Herrschaft des einen Menschen über der einen Gruppe über andre. Der Herr befriedigt seine Bedürfnisse auf Kosten seiner Sklaven, die er beherrscht, unterdrückt und entrechtet.

Die Macht des Herrn spiegelt sich in seiner Vorstellung als ein Recht wieder, das ihm zusteht. Sei es, daß ihm die Götter das Recht verliehen haben, über andre Menschen zu herrschen, die er sich dienstbar gemacht hat, sei es, daß er dies Recht von seinen Vorfahren geerbt hat, sei es, daß es ihm die Natur verliehen hat, sei es, daß er es sich durch eigene Anstrengung erworben hat, immer spricht er von dem Recht auf Herrschaft und Ausbeutung. Er hüllt seine Macht in den Mantel des Rechts und auch den andern Menschen sucht er die Illusion einzufloßen, daß er kraft seines guten Rechts über sie herrsche. Es ist ja bekannt, welche Rolle Religion und Erziehung nach dieser Richtung hin spielen.

Zum Unglück für die Herrschenden hat aber der menschliche Geist die unangenehme Eigenschaft an sich, die Begriffe kritisch zu zerlegen und sie so lange hin und her zu drehen, bis sie ins Gegenteil verkehrt werden. Diese Methode hat er auch bei dem Rechtsbegriff angewandt und dabei hat er die Entdeckung gemacht, daß das Recht eine Kezelle hat. Wenn man es von der andern Seite betrachtet, so erscheint es als Unrecht. Was der eine Mensch als sein Recht bezeichnet, das empfindet der andre als ein ihm zugefügtes Unrecht; was der eine Mensch als sein gutes Recht beansprucht, das weist der andre als einen unberechtigten Eingriff in seine Rechtssphäre zurück. Auch hierfür liegen sich zahlreiche Beispiele anführen, was aber überflüssig ist, weil der Gegensatz zwischen Recht und Unrecht jedem Beobachter auffällt. Hierauf beruht ja das Rechtsbewußtsein der Menschen, das sie antreibt, das ihnen zugefügte Unrecht abzuwehren und ihr eigenes Recht zu vertreten. Die Rechtsidee ist die wichtigste Waffe im Emanzipationskampfe der Menschheit und die Empfindung, daß man Unrecht leidet, ist der Stachel, der die Menschen in den Kampf ums Recht hineintreibt.

Da der Mensch nicht nur ein Individuum ist, dem sein Sonderinteresse über alles geht, sondern auch ein Glied des sozialen Organismus bildet, von dem er abhängt, so ergibt sich hieraus mit Notwendigkeit, daß er nicht nur Rechte zu beanspruchen, sondern auch Pflichten zu erfüllen hat. Jeder von uns ist auf fremde Hilfe angewiesen, da er ohne diese seine materiellen und geistigen Bedürfnisse nicht befriedigen könnte; dafür hat er aber auch die Verpflichtung, an seinem Teil zum Wohlergehen der andern beizutragen: er hat das Recht, sein persönliches Interesse zu wahren und sich auszuleben, er hat aber auch die Pflicht, fremde Interessen zu schonen und auf fremde Rechte Rücksicht zu nehmen.

Diese Pflicht, die uns Sozialisten ganz selbstverständlich dünkt, wird von den individualistischen Anarchisten verneint. Sie fassen die Menschen als Atome auf, die sich gegenseitig anziehen und abstoßen, die sich hier und da zu Gruppen zusammenballen und dann wieder auseinanderfallen. Die bemühte Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen, der Altruismus, erscheint ihnen als eine Beschränkung der persönlichen Freiheit; das auf gegenseitiger Unterstützung und Ueberordnung beruhende Zusammenarbeiten, die Kooperation, betrachten sie als den Nährboden der Knechtschaft; die wechselseitige Unterstützung der Menschen im Kampfe ums Dasein, den Solidarismus, nennen sie ein Wahngedöbel und eine Moral der Schwachen; schließlich, in dem Betonen der eigenen Kraft und in dem Hervorheben des eigenen Willens, in dem Egoismus, erblicken sie den rechten Weg zum Menschenglück. Wenn jeder für sich sorgt und sich sein eigenes Glück baut, dann sind alle glücklich, das ist das Evangelium des Individualismus.

Demgegenüber betonen wir die Pflichten des einzelnen gegen die Gesamtheit, weil nur dadurch die Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammenlebens gewährleistet wird. Wir verlangen nicht, daß ein Mensch sein eigenes Interesse vernachlässigen und nur für andre streben soll, deshalb verwerfen wir den extremen Altruismus, dem wir nur in außergewöhnlichen Fällen eine Berechtigung zuerkennen; wir können es aber auch nicht billigen, daß ein Mensch nur für sich sorgt und über fremdes Glück herzlos hinwegschreitet, deshalb erklären wir den Egoismus für falsch und antisozial. Was uns als erstrebenswertes Prinzip vor Augen schwebt, das ist der Egalitarismus, die Sorge für sich selbst im Hinblick auf das Gemeinwohl. In einer durchaus berechtigten Betonung des eigenen Masse soll eine bewußte und beachtete Förderung fremder die Reußen Hand in Hand gehen. Das strahlende „Suum cuiusque“ jedem das Seine“ soll der Leitstern unseres Handelns sein. —

Als ein Ergebnis dieser sozialen Moral bildet sich in den Menschen das Gemeingefühl, das sie untereinander verbindet, jene Menschenliebe, die uns erkennen läßt, wie nahe verwandt und lieb der Mensch dem Menschen ist, jener Solidarismus, der eigenes Wohl und fremdes Wohl zu einem köstlichen Gesteht zusammenschließt. „Dieses Gerechtigkeitsgefühl“, jagt der alte Grieche Aristoteles, „ist herrlicher und strahlender als der Morgen- und Abendstern.“

Vom Freiburger Steinhauergewerbe.

Als die Baugewaltigen bei der diesjährigen Bauarbeiterbewegung den zentralen Abschluß der Tarifverträge forderten, begründeten sie dies damit, daß die lokalen Organisationen der Arbeitnehmer zu wenig Garantie bieten für die strikte Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen. Man bezweifelte die Tariftreue der Arbeitnehmer. Es ist den Herren der Nachweis geliefert worden, daß dieser Vorwurf wohl zunächst gegen die Unternehmer selbst zu erheben ist. Die Freiburger Steinhauermeister scheinen jetzt das Bedürfnis zu haben, vor aller Welt kund und zu wissen zu tun, daß auch sie zu denjenigen gehören, die nicht gewöhnt sind, ihr gegebenes Wort zu halten. Der Freiburger Steinhauertarif lief mit den übrigen Verträgen im Baugewerke am 31. März d. J. ab. Wiederholte Verhandlungen zwischen den Kommissionen der beiderseitigen Organisationen führten endlich nach vielen „Wenn und Aber“ am 11. Juli zu einer Verständigung. Wir übergeben die Einzelheiten der Verhandlungen, in denen sich die Unternehmer als im höchsten Grade rückschrittlich und unsozial zeigten. Es kommt uns darauf an, an dieser Stelle festzustellen, daß die Unternehmer hinterher alle Vereinbarungen wieder umwarfen. Auftragsgemäß legte der Vorsitzende der Zahlstelle Freiburg zwei Tage nach der Verhandlung dem Vorsitzenden der Arbeitgeber, Herrn Steinhauermeister Renz, den fertig geschriebenen Vertrag vor, der auch dessen Richtigkeit bestätigte. Als Tag der gegenseitigen Unterzeichnung wurde vorbehaltlich näheren Bescheides der 16. Juli bestimmt. Der festgesetzte Tag kam heran ohne Bescheid oder Festsetzung eines andern Tages. Auf persönliche Vorstellung des Vorsitzenden wurde nun endgültig der 19. Juli vereinbart. Die Kommission der Arbeitnehmer war zur Stelle und wartete vergeblich auf die Kommission der Unternehmer. Gewiß eine noble Handlungsweise von Leuten, die gern über die Arbeiter in bezug auf Sitte und Anstand zu Gericht sitzen! Herr Steinhauermeister Treiber, der Mitglied der Unternehmerkommission ist, erklärte auf persönliche Anfrage,

daß sein Name unter den Vertrag nicht komme, solange darin stehe, daß ortsanfässige Arbeiter bei Neueinstellungen zuerst zu berücksichtigen sind. In der Kommission war er einverstanden. Der Vorsitzende der Unternehmer, Herr Renz, entschuldigte sich mit „Zeitmangel“ und will Herrn Treiber beauftragt haben, dies den Arbeitnehmern mitzuteilen; denselben Treiber, der seinen Namen nicht unter den Vertrag setzen wollte. (!) Bis zum 23. Juli sollte nun die Sache geregelt sein. Aber auch dieser Tag verging, ohne daß die Angelegenheit zum Abschluß kommen konnte. Die Steinhauer forderten nun, daß die Sache innerhalb drei Tagen geregelt sein sollte, andernfalls sie ihren Vertrag zurückverlangten. Auf das hin kam endlich eine Sitzung beider Kommissionen zustande. Und siehe da! Als die Verträge, die zur Unterschrift bereit lagen, verglichen werden sollten, stellte sich heraus, daß Herr Renz in seinem Vertrag ganz andre Bestimmungen aufgenommen hatte, als vereinbart waren und im Vertrag der Arbeitnehmer enthalten waren. (Sehr nobel. Die Red.) Die Kommission der Steinhauer lehnte daraufhin selbstverständlich die Unterschrift des Vertrages ab.

In der Debatte über die Petition des Steinarbeiterverbandes in der Zweiten Kammer wurden mancherlei eigentümliche Machinationen der Unternehmer im Steinhauergewerbe ans Tageslicht gefördert. Den Freiburger Steinhauermeister gebührt jedenfalls der Ruhm, alle andern an — Schamheit übertraffen und den Beweis geliefert zu haben, daß die Petition in bezug auf Charakteristika des Unternehmertums im Steinhauergewerbe nicht übertrieben hat. Wir können das Urteil über eine solche Handlungsweise getroßt der Deffentlichkeit überlassen. Es gehört mehr als eine eiserne Stirn dazu, die vom Arbeitgeberbund des Baugewerbes schon vor vornherein fallengelassenen Forderungen nachträglich wieder in den Vertrag einzuschmuggeln, nachdem sie auch von den Freiburger Unternehmern in den Verhandlungen aufgegeben worden waren. Bei der Stadtverwaltung laufen sich die Herren die Beine ab, um städtische Arbeiten zu erhalten. Sie begründen dies mit dem Hinweis auf ihre Eigenschaft als „städtische Umlagezahler“. Erheben aber die Arbeiter die gleichen Forderungen mit demselben Hinweis, so erklärt Herr Treiber: „Dann kommt mein Name nicht unter den Vertrag!“ Man liebt es, den Arbeitern vorzuwerfen, daß sie den Unternehmern mit unberechtigtem Mißtrauen und Haß gegenüberstehen. Erfahrungen wie in Freiburg, die nicht Einzelerfahrungen sind, müssen auch den vertrauenseligsten Arbeiter mißtrauisch machen.

Die Arbeiter werden dafür Sorge zu tragen wissen, daß auch bei den Freiburger Unternehmern im Verkehr mit den Arbeitern Auffassungen Platz greifen, wie sie überall Sitte sind, wo Treu und Glauben noch gelten. Alle Steinarbeiter ersuchen wir dringend, Freiburg i. Br. zu meiden.

Zu den Lohndifferenzen bei der Firma Hironimus in Ludwigshafen.

In Ludwigshafen ist es mit der Firma Hironimus zu Differenzen gekommen. Zur Information diene folgendes: Herr Hironimus gehört zu jenen Unternehmern, denen die Arbeiter nicht genug schenken können. Wir setzen als bekannt voraus, daß bei den Steinmehren die Akkordarbeit abgeschafft ist. Die Stundenlöhne sind durch Tarifvertrag geregelt. Es mag dies für einzelne Unternehmer schmerzhaft sein, berücksichtigt man jedoch die schwere Arbeit und daß gerade in diesem Berufe die Tuberkulose unheimliche Opfer fordert, so ist die Abschaffung des Akkordsystems kaum noch hoch genug anzuschlagen, und die Gehilfen stehen mit Recht auf dem Standpunkt, an dem bisherigen Lohnsystem festzuhalten.

Auf dem Werkplatz des Herrn Hironimus gilt selbstverständlich ebenfalls der Tarif. In diesem kann der Herr nicht rütteln. Er versucht es auch gar nicht. Sein Streben geht dahin, aus dem einzelnen Arbeiter so viel wie möglich herauszuschlagen. Das ist kapitalistisches Prinzip. Die Art und Weise aber, wie Herr Hironimus dies tut, muß unbedingt zur Kritik herausfordern. Da ist kein Steinmeh, der den Anforderungen des Herrn Hironimus gerecht wird. Es gibt in Ludwigshafen auch kaum noch einen Steinmeh, der noch nicht bei Herrn Hironimus gearbeitet und die gleiche Erfahrung gemacht hätte. Einen sucht er gegen den andern auszuspielen, und die Rosenamen, mit denen er die Arbeiter überschüttet, stehen in keinem Verhältniß. Wir verzichten darauf, die Ausdrücke hier wiederzugeben. Die ganze Nachbarschaft kennt die unschöne Art und Weise, wie der Herr, der sich auf seine Arbeiterfreundlichkeit obendrein noch etwas zugute tut, mit seinen Arbeitern verfährt, so daß schon oft die Meinung laut wurde, wie sich die Leute Derartigen gefallen lassen können.

Nun, auch dem geduldigsten Arbeiter läuft einmal die Galle über. Als ihm am 1. August ein Steinmeh wieder einmal zu langsam gearbeitet hatte und er ihn dieserhalb zur Rede stellte und sogar mit Schlägen drohte, erklärten sich die Kollegen solidarisch und verließen die Arbeit. Es sind im ganzen 9 Mann. Wenn Herr Hironimus im Recht wäre, wenn die Steinmehren wirklich nicht so ihre Pflicht tun, wie man es billigerweise verlangen kann, wie kommt es denn, daß Herr Hironimus bei Submissionen meist die billigsten Angebote machen kann? Aber gerade umgekehrt ist es. Herr Hironimus glaubt seine billigen Angebote auf Kosten der Arbeiter machen zu können. Da bei seinen Kalkulationen bei regelrechter Arbeit von Verdienst kaum noch gesprochen werden kann, werden die Arbeiter systematisch zu immer höheren Leistungen angespornt. Aus den Knochen der Arbeiter holt sich Herr Hironimus seinen Verdienst. Und sich für ihren Fleiß obendrein Grobheiten sagen zu lassen, haben die Arbeiter gründlich satt, und sie sind fest entschlossen, das Herrn Hironimus zu beweisen.

In der am 2. August im Lokal Wibling tagenden Steinmeherverammlung, in der die ausständigen Kollegen Bericht erstatteten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Der Werkplatz des Herrn Hironimus bleibt für die organisierten Steinmehren solange gesperrt, bis er erklärt, daß die Verhandlung der Kollegen dauernd eine bessere wird.“

In der Versammlung wurde das Gebahren des Hironimus einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Es wurde besonders betont, daß die Kollegen durch das unqualifizierbare Verhalten des Meisters zu ihrem Vorgehen gezwungen worden sind, und damit Herr Hironimus genau Bescheid weiß, sei hinzugefügt, daß beschlossen wurde, seinen Werkplatz dauernd zu sperren, wenn Herr Hironimus, wie es schon öfter der Fall war, kurz nach der Einigung wieder in seine alten Fehler zurückfallen sollte.

Die Kollegen haben ein Recht auf anständige Behandlung. Es wird Herrn Hironimus durchaus nicht bestritten, eventuell Monitas zu machen, wenn diese in der üblichen Form vorgebracht werden. Aber sich wie Verbrecher behandeln zu lassen, lehnen die Steinmehren ganz entschieden ab.

Die Leitung der Organisation ist bereit, mit Herrn Hironimus zu verhandeln. Bis zur Beilegung der Differenzen bleibt der Werkplatz gesperrt. Zugut ist demnach fernzuhalten.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909.

Fünfzehn Jahre Arbeitersekretariat ist das Signum, unter welchem die Statistik der Sekretariate und Auskunftsstellen für das Jahr 1909 in die Deffentlichkeit geht. Als vor 15 Jahren, am 1. November 1894, in Nürnberg das erste Sekretariat gegründet wurde, dachten gewiß selbst die Optimisten nicht, nach 15 Jahren 112 derartige Einrichtungen als vorhanden in Aussicht stellen zu können, denn mißlos ist den Nürnberger Arbeitern die Gründung der ersten Einrichtung dieser Art nicht

gewesen. Schon im Jahre 1891 beschäftigte der Plan die Nürnberger Arbeiterschaft, um endlich 1894 zur Verwirklichung zu gelangen. 1897 gingen dann die Arbeiter zweier anderer Städte an die Gründung von Sekretariaten. Drei Sekretariate bestehen seit 1898. Das darauf folgende Jahr 1899 brachte ein Ergebnis für die Sekretariate von vielleicht nicht minder hoher Bedeutung als die erste Gründung: den Frankfurter Gewerkschaftskongreß und seine entscheidende Stellungnahme zu den Sekretariaten. Der daselbst angenommene Antrag schaffte die Grundlage für die weitere Entwicklung. Er stellte die Grundsätze auf, die bei den Gründungen maßgebend sein sollen und legte die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, ehe an die Errichtung eines Sekretariats gegangen wird.

Will man beurteilen, was in den zehn Jahren seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Rechtshilfe geleistet worden ist, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Referent zu der Frage dem Kongreß berichtete, daß bis dahin 7 Sekretariate und etwa 30 Auskunftsstellen bestanden. Heute sind mehr als hundert Sekretariate und fast einunddreißigtausend Auskunftsstellen vorhanden. Nach der vorliegenden Statistik berichten 112 Sekretariate und 172 Auskunftsstellen zusammen über 609 472 erzielte Auskünfte im Jahre 1909. Was in den 15 Jahren seit dem Bestehen des ersten Sekretariats von allen zusammen geleistet worden ist, läßt sich in Zahlen nicht ausdrücken, da statistische Aufzeichnungen für die Sekretariate erst seit 1901 für die Auskunftsstellen erst seit 1905 vorgenommen werden. Für diese Zeit berichtet die Statistik über 3 161 909 erzielte Auskünfte. Von den Sekretariaten — die Auskunftsstellen berichten hierüber nicht — wurden in dieser Zeit 747 614 Schriftsätze angefertigt.

Der Gesamtentwicklung der Sekretariate entsprechend schließt sich das Berichtsjahr seinen Vorgängern an. Es wurden im Berichtsjahr neu gegründet die Sekretariate: Ansbach, Burg, Dresden-Döhlen, Freiburg in Schlessien, Südenscheid, M.-Glabach, Neuf, Plettenberg, Rudolfsbad und Solingen. Von den 112 berichtenden Sekretariaten wird die Auskunft, die erste Tätigkeit aller Sekretariate, von 82 an alle Auskunftsstellen erteilt, gleichviel ob sie organisiert oder nichtorganisiert sind und welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gewähren auch allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 14 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe 10 Sekretariate. 4 Sekretariate gewähren Rechtshilfe und geben Auskunft an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren Nichtorganisationsfähige Angehörigen. Ein Sekretariat gibt auch außer diesen Unorganisierten in Ausnahmefällen Auskunft.

Vertretungen vor Gerichten haben 85 Sekretariate übernommen. Wie in den Vorjahren wird auch in diesem von einigen Sekretariaten berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an andern nicht. In Lübeck z. B. werden Referendare als Vertreter einer gegnerischen Auskunftsstelle vor allen Gerichten zugelassen; während der Vertreter des Arbeitersekretariats vor den ordentlichen Gerichten überhaupt nicht, vor dem Gewerbegericht nur in Ausnahmefällen zugelassen wird, obwohl er früher Arbeiter war. Die Befehrsvermittlung übernahmen von allen Sekretariaten 104. 78 Sekretariate betreiben Statistik. Die Agitation für die Gewerkschaften oder andre gewerkschaftliche Arbeiten besorgen 85 Sekretariate.

Die Art der Aufbringung der Mittel für die Sekretariate läßt ebenso wie andre Erscheinungen die sich immer fester gestaltende Form der Organisation erkennen. Die Zahl der Orte, an welchen für das Sekretariat von den Mitgliedern an Orte besondere Beiträge erhoben werden, wird immer geringer. Während im Vorjahre von 103 Sekretariaten für 38 von den Mitgliedern ein besonderer Beitrag für das Sekretariat erhoben wurde, geschah dies 1909 bei vorhandenen 112 Sekretariaten nur noch an 31 Orten. In einem von diesen 31 Orten erheben den besonderen Sekretariatbeitrag nicht alle Organisationen an Orte, in 8 tragen neben den besonderen Beiträgen die Organisationsklassen oder die Kartellklassen zu den Kosten bei. Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus der Kartellklasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 66 Sekretariate unterhalten. 12 von den berichtenden Sekretariaten unterliegt der Bergarbeiterverband. Von der Generalkommission wurden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. Unter letzteren befindet sich ein Sekretariat, für welches von den Mitgliedern an Dreie noch besondere Sekretariatsbeiträge erhoben werden. Zu 2 Sekretariaten zahlte die Generalkommission 1909 einen Zuschuß. Bestimmte Zuschüsse erhielten die Sekretariate an 39 Orten von den Parteioptionen, an 8 Orten von sonstigen Arbeiterunternehmungen. Das Sekretariat Koburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindemitteln unterhalten. Das Sekretariat Bant erhält einen Zuschuß aus Gemeindemitteln. Einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhielt das Sekretariat Gotha bis 31. Dezember 1909. Das Sekretariat wurde am 1. Jan. 1902 eingerichtet, nachdem die Regierung einem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgend, einen Zuschuß bereitstellte. Nachdem im Landtage die Scharfmacherei die Oberhand gewonnen, versuchte man zunächst von hintenherum den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu winden; als dies nicht gelang, wurde dem Sekretariat der Zuschuß in Höhe von 2000 Mark entzogen und die acht Jahre unentgeltlich innegehabten Räume aufgekündigt. Die Gothaer Arbeiter werden den hartigen Scharfmachern zeigen, daß es auch ohne Staatszuschuß vorwärts geht.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur Krankenunterstützung.

Da mit dem 1. Juli die Veränderung in der Bezugsberechtigung in Krankheitsfällen in Kraft getreten ist, wird hiermit nochmals darauf hingewiesen. § 5, Absatz 5b des Statuts lautet jetzt folgendermaßen:

Innerhalb eines Jahres wird die Unterstützung nur einmal gewährt. Das Unterstützungsjahr beginnt mit dem Erhebungstage der Unternehmung. Von diesem Tage wird stets 52 Wochen zurückgerechnet und darf nur dann Unterstützung ausbezahlt werden, wenn der Krankenzuschuß noch nicht voll erhoben ist. Ausgesteuerte Mitglieder haben erst nach 26-wöchiger voller Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung. Bei Kranken, die in verschiedenen Zeitperioden innerhalb eines Jahres erkranken, werden die Unterstützungswochen zusammengerechnet, bis die nach der Beitragsleistung in Betracht kommende Höchstsumme erreicht ist; bei wiederholten Krankmeldungen kommt die achtstägige Karenzzeit in dem Unterstützungsjahr nur einmal in Anrechnung.

Da mehrere Ortsverwaltungen dieses bis jetzt noch nicht beachtet haben, sei hiermit auf folgende Fälle aufmerksam gemacht. Und bitten dieses für die Zukunft zu beachten.

1. Theodor Meier (Buch-Nr. 7822) hat 167 volle Beiträge geleistet; er ist demnach berechtigt, pro Jahr 54 Mark Krankenzuschuß zu beziehen. Er hat vom 1. Februar 1910 ab für 44 Tage 33 Mark erhalten. Am 6. Juli wieder krank gemeldet, erhalt er nun vom 6. Juli ab für 28 Tage noch 21 Mark und ist dann mit 54 Mark ausgesteuert. Er kann nun vor dem 1. Februar 1911 keine weitere Unterstützung mehr erhalten und muß außerdem erst 26 volle Marken wieder geleistet haben.

Für diejenigen Mitglieder, welche bis 40.50 Mark resp. bis 27 Mark unterstützungsberechtigt sind, wird dementsprechend die Unterstützung zusammengerechnet.

2. Xaver Weill (Buch-Nr. 22987) hat 191 volle Marken geleistet, mithin bis 54 Mark unterstützungsberechtigt. Er hat vom 10. Oktober 09 für 24 Tage 18 Mark, vom 7. März 10 ab für 38 Tage 28.50 Mark erhalten. Meldet sich am 19. Juli wieder erwerbsunfähig und erhält nun noch für 10 Tage 7.50 Mark. Er muß nun ebenfalls erst wieder 26 volle Marken leisten, ehe er wieder von neuem Unterstützung beziehen kann.

3. Heinrich Becker (Buch-Nr. 10436) hat 165 volle Marken geleistet, ebenfalls pro Jahr bis 54 Mark unterstützungsberechtigt. Er hat vom 17. 1. 10 ab für 18 Tage 13.50 Mark, vom 2. 6. 10 ab für 32 Tage 24 Mark erhalten. Am 22. Februar 1911 meldet er sich wieder erwerbsunfähig. Hier scheidet nun bei der Berechnung der Unterstützung die vom 17. 1. 10 mit 18 Mark aus, da von dieser Zeit an 52 Wochen, zurückgerechnet, überschritten sind. Er ist mithin berechtigt, bis 2. Juni 30 Mark zu beziehen. Bezieht er in dieser Zeit die 30 Mark vollständig, so kann er am 2. Juni 1911 keine weitere Unterstützung beziehen, sondern muß nun erst wieder 26 volle Marken leisten, ehe er weiter unterstützungsberechtigt ist.

Im Laufe dieser und nächster Woche erhalten alle Zahlstellen, welche nach dem 1. Juli d. J. kein neues Kassenbuch erhalten haben, neue Quartalsabrechnungen und Verzeichniskonto zugeandt. Diese sind nach dem neuen Markenmaterial eingerichtet. Es empfiehlt sich, diese neuen Einlagen von einem Buchbinder in das Kassenbuch einbinden zu lassen. Ebenfalls liegen jeder Sendung einige Streifen zum Ueberkleben der Verbandsplakate bei. Diese Sendungen gehen alle an die Steinarbeiterverbände.

In Kürnbach wurde der Steinmetz Johann Eigenmann wegen Streikbruch aus dem Verbandsbuch ausgeschloffen.

Korrespondenzen

Mt-Barthel. Am 3. August wurde die Statistik von den Drehern in der Versammlung bekannt gegeben; beteiligt haben sich daran 30 Kollegen. Im Durchschnitt arbeitete jeder Kollege 212 1/2 Tage. Der Durchschnittslohn betrug 1120.67 Mk. Arbeitslos waren 3 Kollegen zusammen 5 Wochen, Krankenwochen waren 95 zu verzeichnen. Das Durchschnittsalter betrug 36 1/2 Jahre. Durchschnittlich ist jeder Kollege 9 1/2 Jahre in den Steinbrüchen beschäftigt. In 10 Familien trug die Frau zum Lebensunterhalt bei. Ins Auge fielen die Statistiken beim Geschäftsführer Rogat der Firma Zeidler. Durch die 14tägige Abrechnung versteht es dieser Herr ausgezeichnet, die Löhne so zu brücken, daß jeder Kollege bei der Firma Zeidler 32 1/2 Pfg. pro Tag weniger verdient als bei andern Firmen.

Berlin. Nunmehr ist die Frage der Arbeitslosenunterstützung auch in Berlin tot. Tot — bis sie durch das ständig wachsende Bedürfnis ihre so und so viele Auferstehung feiern wird. Fürs erste ist allerdings an eine Wiederbegehr nicht zu denken. Die Stellung des Zentralvorstandes einschließlich der Redaktion des „Steinarbeiter“, die nicht geführten Debatten auf dem Verbandstage haben ihre nachteilige Wirkung nicht verfehlt. Das Schlagwort von der Höhe der Beiträge, welche zu den Gegenleistungen in keinem Verhältnis stehen, ist auf so fruchtbaren Boden gefallen, daß es jahrelanger Arbeit bedürfen wird, um die Früchte unsres Zusammenwirkens wieder zu verbelen. Die Sektion I nahm am 3. August endgültig Stellung. Vier Fünftel der Kollegen verurteilten diese brennenden Frage nicht einmal soviel Interesse entgegenzubringen, um von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Sie blieben der Versammlung fern, voraussichtlich in der süßeren Erwartung, daß die Vorlage auch ohne ihre Mitwirkung abgelehnt wird. Sie haben sich nicht geäußert. Trotzdem sich die Kommissionsmitglieder die größte Mühe gaben, die Kollegen von der Zweckmäßigkeit der Einführung zu überzeugen, blieb ihre Vorlage bei der Abstimmung in der Minorität. Damit eribrigt sich eine weitere Stellungnahme in dieser Sache auch für die Sektion II, welche sich jetzt wenigstens nicht dem Vorwurf aussetzen braucht, sie habe trotz ihrer Minderzahl die Angelegenheit zum Scheitern gebracht.

Bunzlau. Im Gasthaus zur Hoffnung tagte am 27. Juli eine gutbesuchte Versammlung. Die Abrechnung über das 2. Quartal erstattete Kollege Georg Heitinger. Seine Aufstellung war so klar, daß ein jeder ohne weiteres in die Finanzgeschäfte Einblick erhielt. Die Revisoren berichteten, daß die Kassenführung musterwürdig genannt werden muß. — Eine längere Debatte entstand über das Vergnügen, welches wir hier am 28. August abhalten wollen. Für Kinderbelustigung soll eingehend gesorgt werden. Angeregt wurde, daß die gesammelten Gelder für die ausgesperrten Bauarbeiter im Verbandsbuch quittiert werden sollen. — Die Firma Zeidler u. Wimmel hat einen Polier angestellt, welcher den Steinarbeitern gegenüber in recht provozierender Weise auftritt. Lange können sich die Kollegen ein solches Benehmen nicht mehr gefallen lassen.

Demitz-Thumitz. Der Geschäftsgang in der hiesigen Granitindustrie kann als ein schlechter nicht bezeichnet werden, doch werden die Löhne von den Arbeitern als recht niedrige empfunden, welche auch tatsächlich in keinem Verhältnis zu den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen stehen. Leider haben es die Arbeiter noch nicht verstanden, eine Organisation zu schaffen, durch welche nur einigermaßen ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Zureisende Kollegen werden meistenteils, besonders bei den großen Firmen, eingestellt. Bei den kleineren scheidet die Einstellung gewöhnlich an der Werkzeugfrage. Einige Firmen stellen den Zureisenden das Werkzeug wohl zur Verfügung, doch müssen sich die Betreffenden dann jedesmal am Sonntag einen Abzug von 1.50 Mark bis 2 Mark gefaßt lassen, bis das Werkzeug bezahlt ist. Besonders in Plastersteinen scheint es an Aufträgen nicht zu mangeln, denn es ist in dieser Industrie in letzter Zeit ein recht lebhafter Geschäftsgang zu beobachten. Hier ist es wiederum das Kleinpflaster, welches ein vorzügliches Absatzgebiet aufzuweisen hat und welches ausschließlich nur bei der Firma C. G. Kunath mittels Maschinerie hergestellt wird. — Kollegen, im hiesigen Gebiet muß eine umfassende Hausagitation eintreten, alles muß aufgeräumt werden, jetzt sind die besten Zeiten dazu.

Demitz-Thumitz. Am 27. Juli tagte im Gasthof Neuschmölke eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Genosse Kösch-Dresden behandelte das Thema: Ein Rückblick auf die große Bauarbeiterausperrung, ihre Ursachen und Wirkungen und welche Lehre ziehen wir aus diesem Kampf. Redner erläuterte die ganzen Vorgänge in der Bauarbeiterbewegung. Besonders scharf behandelte er das Verhalten einiger Unternehmer und die in Szene gesetzte Materialsperr. Ferner führte er den Anwesenden in leichtverständlicher Weise vor Augen, was durch eine geschlossene Organisation zu erzielen ist. Nach den mit Beifall aufgenommenen Worten des Genossen Kösch muß sich jeder zur Pflicht machen, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann in unsern Reihen steht, damit auch bei uns endlich einmal bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Nach dem Vortrage gab Kollege Purtsche den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahmen betrugen 5845.26 Mark, denen eine Ausgabe von 3118.88 Mark gegenüberstand, so daß ein Kassenbestand von 2726.38 Mark blieb. Da Bücher und Kasse die Revisoren in bester Ordnung voranden, wurde auf Antrag dem Kollegen Purtsche Entlastung erteilt. Nachdem der Kartellbericht gegeben war, wurde die Wahl eines Kartelldelegierten vorgenommen, aus der einstimmig Kollege Purtsche hervorging. Als Beisitzer in den Vorstand wurde Kollege Friedrich Bauer gewählt. Unter Verschiedenem entspann sich eine lebhaft, zum Teil scharfe Debatte wegen rückständiger Beiträge. Es wurde angeregt und beschlossen, sämtliche Kollegen, welche mit ihren

Beiträgen länger als 8 Wochen ohne Stundung im Rückstand sind, zur nächsten Mitgliederversammlung zu veröffentlichen. Dem Kollegen Mehl wurde die Abrechnung der Bibliothek bekannt gegeben. Auch erwähnte er die Kollegen, auf etwas mehr Ordnung mit den Bibliothekbüchern bedacht zu sein. Zum Schluß wies Kollege Purtsche noch auf die mangelhafte Arbeit beim Ausfüllen der Statistik hin, auf derartige Angelegenheiten muß in Zukunft mehr Ernst und Zeit angewendet werden.

Sohmannsdorf. Am 30. Juli wurde im Gasthaus zum Anker eine gut besuchte Versammlung abgehalten. Der Kassierer verlas die Abrechnung. Bücher und Kasse wurden revidiert und für richtig befunden. Es wurde dem Kassierer Degare erteilt. Bei Punkt 2 wurde Kollege Adam Delling als Ortsstatistiker gewählt. Beschlössen wurde, bei jeder Monatsversammlung die Statistiken vorzeigen zu lassen, damit sie der Ortsstatistiker genau prüfen kann. Im Punkt Verchiedenes übten die Kollegen viel Kritik über die schlechte Entlohnung auf allen Werkplätzen. Es ist schauerlich, daß wir Muschelkalkarbeiter noch mit so viel Indifferenzen zu rechnen haben, besonders in dem nahen Orte Winterhausen.

Hemsbach. Hier schaffen auch italienische Steinarbeiter. Diese werden nicht selten von ihrer Heimat aus mit Bettelbriefen überhäuft. Der katholische Pfarrer D. Pietro Palfo schrieb aus Pove seinen hiesigen Landsleuten kürzlich folgenden Brief:

„Liebe Kinder! Das Fest unsres Kirchenpatrons ist bald wieder da, und wir wollen es auch in diesem Jahre feiern, wie es bei uns alle fünf Jahre der Brauch ist. Unsrer Vorfahren hielten dieses Fest sehr hoch, deshalb wollen auch wir es mit aller Heiligkeit begehen. Jede Familie hat bereits für diesen Zweck etwas gespendet, aber wir brauchen eine große Summe zur Abhaltung unsres heiligen Festes. Die Unkosten des letzten Festes betrugen 916 Frank. Bis jetzt haben wir erst 350 Frank. Wir glauben, daß wir bis Ende August ungefähr 500 Frank zusammenbringen. Ihr seht also, daß noch über 400 Frank fehlen, um unsre heilige Kirche festlich zu schmücken. Ich habe dies gestern bereits in der Kirche gepredigt, damit wir das notwendige Geld zusammenbringen. Deshalb bin ich auch gezwungen, an Euch zu schreiben. Ich erinnere mich, daß Ihr vor fünf Jahren auch 404 Frank geschildet habt. Indem ich weiß, daß Ihr gute Katholiken seid, so hoffe ich auch, daß Ihr diesmal wieder für Euren Heiland an Opfer bringt. Wir beten bereits alle Tage, daß Ihr gesund bleibt, und daß Euch kein Unglück passiert, damit Ihr arbeiten könnt, dann ist es Euch auch möglich, einen größeren Betrag zu schicken. Unser Heiland wird es schon machen, je mehr Ihr schickt, desto mehr wird Euch Gott beistehen. Ich denke, daß Ihr meiner Bitte nachkommt, es wird wohl keiner von Euch dagegen sein. Im Namen aller Katholiken der Kirchengemeinde wünschen wir, daß Ihr gesund und munter bleibt und tüchtig arbeiten könnt. Ich werde noch zum lieben Gott beten, damit er die Wege mit Euch stets bestehen läßt. Ich bin Euer Vater D. Pietro Palfo.“

Die italienischen Steinarbeiter denken aber diesmal anders als vor fünf Jahren. Sie haben eingesehen, daß sie das Geld für noch wichtigere Zwecke brauchen können. Denn der Herr Pfarrer hat kein Geld, sondern einen wohl ausgeführten Brief erhalten. Darin wird ihm mitgeteilt, wie schwer sie sich schänden müssen, um ihre Familie zu ernähren. Auch wurde ihm mitgeteilt, daß hier der Steinarbeiterverband alles aufbieten mußte, damit die Löhne etwas in die Höhe gebracht werden konnten.

Hemsbach. Am 24. Juli tagte im Lokal Ritter unsre Quartalsversammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahmen betrugen 678.43 Mark, die Ausgaben 450.13 Mark, es bleibt ein Kassenbestand von 228.30 Mark. Die Revisoren berichteten, daß sich Bücher und Kassenführung in bester Ordnung befinden. Als 2. Punkt stand Zahlung der Beiträge auf der Tagesordnung. Der Kassierer betonte, daß auf verschiedenen Plätzen eine Schlamperie im Zahlen der Beiträge eingerissen ist. Mit diesem Schlenbrian muß aufgeräumt werden, bis zum Schluß dieses Quartals müssen die Restanten im Reinen sein. Dierauf referierte Kollege Weidenhammer über das Thema: Was nützen uns die Organisationen? Die Ausführungen fanden vollste Anerkennung. Der italienische Kollege Canal überlegte den Vortrage, und so war es möglich, den italienischen Kollegen auch Einblick in unsre Organisationen zu verschaffen. Nachdem noch mehrere Platzangelegenheiten erledigt waren, erhielt Kollege Weidenhammer das Schlußwort. Er ging auf die letzten Ereignisse in unserm Bestreben ein und führte den Kollegen noch vor Augen, wie notwendig unsre Organisation im Obenwald ist. Zum Schluß erklärte er noch, daß diejenigen Kollegen, welche in den badiischen Staatsverband eintreten wollen, bei ihm die dazu erforderlichen schriftlichen Arbeiten ausgefertigt erhalten.

Heppenheim. Der Geschäftsgang hat hier in letzter Zeit bei verschiedenen Unternehmern erheblich nachgelassen. Bei der Firma Sternheimer wurden die letzten Kollegen teilweise entlassen. Es wurde Arbeitsmangel vorgeführt. Natürlich ließ auch der Herr Direktor etwas durchblicken, welches Zweifel erregen könnte. Er gebrachte die Ausrufung, dies sei alles geschehen wegen der Höhe des Tarifs. Auch Herr Reimuth ist nicht mehr der Frieden liebende Mann, als der er sich bei unsern Tarifverhandlungen aufspielte. Dies beweist deutlich sein Auftreten, mit dem er die im Streit stehenden Plastersteinarbeiter von Zwingenberg behandelte. An seine Getreuen stellte er sogar den Antrag, eine allgemeine Ausperrung unter den Granitarbeitern vorzunehmen. Zu diesem Antrag schienen die Herren aber keine Lust zu haben, denn sie wissen nur zu gut, was daraus für Folgen entstehen würden. Im Submissionswesen erweckt es den Anschein, als hätten die Herren Unternehmer es selbst eingesehen, daß sie die Sache bis jetzt doch etwas zu toll getrieben haben. — Anmerkung. Einige Kollegen protestierten gegen den letzten Bericht vom Obenwald. Es ist höchst zu bedauern, daß man hier noch mit solchen Mitteln arbeitet.

Kiel. Die am 2. August stattgefundene Mitgliederversammlung erlebte eine ziemlich reichhaltige Tagesordnung. Nach der Renaufnahme eines Kollegen stand zunächst zur Beratung die endgültige Festsetzung der Statuten zur örtlichen Unterstützungskasse. Die Gründung dieser Kasse war durch die stattgefundene Urabstimmung mit circa 83 Prozent der abgegebenen Stimmen beschlossen worden. Die Unterstützungskasse bezweckt, neben einer vorgesehenen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit einen Zuschuß zu der von der Zentralkasse gezahlten Krankenunterstützung. Dieser örtliche Zuschuß beträgt 4.50 Mark wöchentlich und wird gezahlt vom 7. Tage der Erkrankung ab, während einer Dauer von 10 Wochen. Verknüpft mit der Bezugsberechtigung der Mitglieder ist die Bedingung eines regelmäßigen Versammlungsbesuchs. Die Kasse tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft. Eine Diskussion über den nun folgenden Bericht des Ortsstatistikers fand nicht statt. Als nächster Punkt stand auf der Tagesordnung die Neuwahl eines 1. Vorsitzenden. Der seit zwei Jahren den Vorsitz führende Kollege Lehmann will infolge wirtschaftlicher Veränderungen sein Amt niederlegen. Es ist im Interesse der Zahlstelle und der Organisation zu bedauern, daß dieser Kollege zurücktritt. Derselbe hat stets in selbstloser Weise sein Bestmöglichstes getan für unsre Organisation. Als 1. Vorsitzender wurde der bisherige 2. Vorsitzende, Kollege Pollin, und an dessen Stelle der Kollege Marold gewählt. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Wahl einer Lohnkommission, fand folgender Antrag einstimmige Annahme: „Um eine gleichmäßige Vertretung der einzelnen Plätze zu erreichen, wird die Wahl von je zwei Lohnkommissionsmitgliedern auf den drei größten Werkplätzen vorgenommen.“

Seit zwei Jahren ist der Lohn am Orte auch nicht um einen Pfennig erhöht worden. Wenn man dagegen die ungeheure Steigerung des Lebensunterhalts, der Steuern und der Wohnungsmiete bedenkt, wenn man damit die Steigerung der Löhne

der andern Arbeiterkategorien vergleicht, so muß jeder sagen, daß eine Lohnerhöhung stattfinden muß. In diesem Sinne wird auch unsre Kommission zusammenzutreten: Mächtig ihr Arbeiter müßbringend für die Kollegen sein. Erwähnung verdient noch an dieser Stelle die Firma Schlüter u. Jhrens. Rechnen scheint bei diesen Arbeitgebern nicht die stärkste Seite zu sein. Einem älteren Kollegen wurden 5 Pfg. Stundenlohn zu wenig gezahlt mit der Begründung, der Kollege habe laut Akkordtarif soviel unter seinem Lohn verdient.

Neufas. Am 7. August fand im Gasthaus zum Rebstock unsre Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Vor allem muß den Kollegen vom Kappelwald vollste Anerkennung ausgesprochen werden, indem dieselben vollständig vertreten waren und einen stundenweiten Weg nicht gescheut haben, um zur Versammlung zu gelangen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Warum organisieren wir uns? hielt Kollege Weindl aus Kappelroed ein vorzügliches Referat, welches die vollste Anerkennung fand. Hauptsächlich hob er hervor, daß die Lebensmittel im Preise intensiv steigen und daß die Arbeitslöhne nicht gleichen Schritt damit halten. Daß sich weiter die Unternehmer und Kapitalisten immer mehr vereinigen und große Aktiengesellschaften bilden, um die Arbeiter immer noch mehr auszubeuten, daß auch die Regierung den Unternehmern stets hilfreich zur Seite steht und die Arbeiter niemals vertritt. Die Arbeiter müssen trachten, daß sie bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit erringen, damit sie eine längere Lebensdauer erreichen. Nur wenn die Kollegen einig zusammenhalten, ist es ihnen möglich, geordnete Tarife und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. (Beifall.) Kollege Pielmeier verwies ausdrücklich darauf, welche Erfolge die Bauarbeiter durch ihre Geschlossenheit erzielten, und wo nicht das geringste erzielt wurde, waren die Arbeiter selbst schuld. Darum sollen sich unsre Kollegen die Bauarbeiter zum Muster nehmen und sollen sich vereinigen, denn nur mit vereinten Kräften kommt man zum Ziele. Ferner wurde einstimmig beschlossen, daß sich die Kollegen von Seebach, Neufas und dem Kappelwald vereinigen, um in kürzester Zeit in Achern eine gemeinschaftliche Versammlung zwecks Tariffestlegung unter der Leitung des Kollegen Weindl aus Kappelroed abzuhalten. Zum Schluß hielt Weindl noch eine begeisterte Ansprache und forderte die Kollegen auf, in unverbrüchlicher Treue zusammenzuhalten und alle Streitigkeiten unter sich selbst zu meiden.

Seebach bei Gotha. Am 24. Juli fand eine Distriktsversammlung statt. Vertreten waren die Orte Erfurt, Gotha, Wandersleben und Seebach. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit Tarifsangelegenheiten. Da zurzeit von den Herren Unternehmern die Berechnungsweise unsres bestehenden Tarifs in Seebach wie Erfurt durchbrochen wurde, erklärten sämtliche Anwesenden, Blenden nicht mehr anzufertigen. Nur wenn der Tarif bezahlt wird, werden die Blenden wieder hergestellt. Dieser Beschluß wurde den Herren Unternehmern Hartmann und Walthers sofort zugesandt. Weiter wurde in Vorschlag gebracht, zum Frühjahr einen einheitlichen Bezirkstarif für Erfurt, Gotha und Seebach auszuarbeiten. Alsdann hielt Gauleiter noch einen sehr lehrreichen Vortrag über: Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie. Redner besprach den Steuerraub, welcher in den letzten fünf Jahren an dem deutschen Volke angelibt wurde. Gerade dieser müsse jedem einzelnen die Augen öffnen. Weiter wurde der Schnapsabzock einer näheren Kritik unterzogen. Auch die Reichsversicherungsordnung sowie die Erhöhung der preussischen Zivilstrafe gegen jedem einzelnen Stoff für die kommende Reichstagswahl. Stürmischen Beifall erntete der Redner für seine glänzenden Ausführungen.

Striegau. Am 2. August fand in Sauers Lokal unsre Quartalsversammlung statt. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal. Die Einnahme betrug inklusive Kassenbestand 8959.96 Mark. Dem stand eine Ausgabe von 5500.20 Mark gegenüber, so daß ein Bestand von 3447.15 Mark verblieb. Die Einnahme der örtlichen Krankenkasse betrug 4170.15 Mark, die Ausgabe 1584.29 Mark. Mithin Bestand 2585.81 Mark. Beide Abrechnungen waren von den Revisoren geprüft und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten örtlicher Natur — insbesondere wurde vom Vorsitzenden die unregelmäßige Beitragsleistung in einigen Betrieben zur Sprache gebracht — erhielt Genosse Dietrich aus Waldenburg das Wort zu seinem Vortrage: Die Lohnzulage Wilhelm II. und die Lohnbewegungen der deutschen Arbeiter. In einer trefflichen historischen Skizze schilderte der Redner die Entstehung der deutschen Monarchie, indem er die Anwesenden aufforderte, mit ihm einen zweitausendjährigen geschichtlichen Spaziergang rückwärts zu machen, bis zu jener Zeit, von der wir fingen, daß die alten Deutschen immer noch einen getrunken hätten. Der Redner sagte, daß auch damals schon nicht alle auf der Warenaut lagen, sondern auch in jener Zeit gab es schon viele fleißige Leute, die ihr Leben und Eigentum in ständigen Kämpfen verteidigen mußten. Um nun die Früchte ihrer Arbeit nicht immer in Frage gestellt zu sehen, übertrugen sie einem unter ihnen, meistens dem Führer und seinen Freunden, die Verteidigung und übernahmen für diese die Arbeit. Hieraus entstanden die Grundherren, Grafen, Fürsten, Könige und Kaiser. Durch geschickte Ausnutzung ihrer Macht wurden diese Verteidiger zu Unterdrückern des arbeitenden Volkes. Ganz besonders die Geschichte der Hohenzollern liefert ein gutes Beispiel, wie „teuer“ so ein „angestammtes“ Herrscherhaus dem Volke werden könne. Der Redner schildert die wenig erbauliche Geschichte dieses Fürstengeschlechts, von dem Erwerb der Mark Brandenburg für 400 000 Goldgulden von dem verschuldeten Kaiser Sigismund bis zum Ausbruch der Revolution von 1848, wo das Volk, der große Arbeitgeber, nahe daran war, das Arbeitsverhältnis aufzulösen. Die Zeiten haben sich nun wieder geändert und Wilhelm II. konnte seine Lohnbewegung siegreich zu Ende führen. Nun geigte der Redner die Rehrseite der Medaille, wenn Arbeiter Lohnforderungen stellen mit dem Hinweis auf vermehrte Kinderzahl, gesteigerte Lebensmittelpreise und langjährige Dienste. Ja, wird der Unternehmer sagen, sind sie froh, daß Sie bei mir so lange arbeiten konnten und wegen der großen Kinderzahl wird er ihm, wenn er noch milde erteilt, die Mittel der Frau von Popelstus empfehlen. Den Humberg von der Verteuerung der Lebensmittel, grünen Bohnen usw. wird man dem Arbeiter, wenn alle Belehrung nichts hilft, mittels blauer Bohnen austreten. Siehe Mansfeld. Die Arbeiter verlangen aber gleiches Recht für alle; sie fordern, daß auch ihre Lohnbewegungen nicht durch gewalttätige Eingriffe gehindert werden; insbesondere verlangen sie ungehinderte Ausübung des vom Gesetz gewährleisteten Streikrechts. Der Redner ging nun auf diejenigen Organisationen ein, die dieses Recht nicht fordern, die durch Bitten zum Ziele kommen wollen, auf die christlichen Facharbeiter, nationalen und reichstreuen Arbeitervereine. In einer glänzenden gelungenen Satire schilderte der Redner den Erfolg eines solchen Versuchs der reichstreuen Bergarbeiter im Waldenburger Revier, wo diese durch Führung von Haushaltungsbüchern den Nachweis der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung zu erbringen suchten. Aber diese von ihren „Führern“ so sehr „verführten“ Arbeiter verstanden ihre Sache schlecht und wetteiferten darin, den Nachweis zu erbringen, wer die sparsamste und tüchtigste Hausfrau habe. Das Resultat war, daß die Löhne noch viel zu hoch waren, denn Joseph Leppert, der treueste von den Treuen, kam mit seiner neunköpfigen Familie mit 28 Mark aus. Der Lohn betrug aber 25 Mark, also wurde er reduziert. Anschließend an diese Schilderung erwähnte der Redner die Kollegen zum festen Zusammenhalt in ihrer einzigen in Frage kommenden Organisation, dem Deutschen Steinarbeiterverband. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine erhabenen Ausführungen. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten stellte ein Kollege den Antrag auf Ausschluß des Kollegen Paul Walthers im Kappelroed aus dem

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zabersfeld. Hier tagte am 31. Juli eine starkbesuchte Steinmetz-Verammlung. Als Referent erschien Kollege Waldh...

Rundschau.

Aus dem Fichtelgebirge. Die Arbeitsverhältnisse in der Steinindustrie des Fichtelgebirges, die sich in einigen Betrieben der Aktiengesellschaft vor circa vier Wochen so plötzlich verschlechtert haben, daß sogar angefangene Werkstücke liegen blieben und die Kollegen gezwungen wurden, auszusehen, haben sich wieder gebessert.

Beniger günstig als in der Monumentalindustrie stehen die Verhältnisse in den Betrieben der Bauindustrie, die noch immer unter der ungünstigen Geschäftslage zu leiden haben.

Eine neue Steinbruchgesellschaft wurde in Westig in Westfalen gegründet. Das Grundkapital beträgt 1 000 000 Mark.

Steinbedarf. Folgende Ausschreibungen sind für die Steinindustrie bemerkenswert: Lübeck: 300 Kubikmeter Werksteine zum Kanalbau; Straßburg: Steinmetzarbeiten für den Kirchenbau...

Ein internationaler Geologenkongress in Stockholm wird zugleich mit der zweiten internationalen agro-geologischen Konferenz vom 17. bis zum 25. August stattfinden.

Zum Kampf um den Zechnarbeitsnachweis. Die „Bergarbeiterzeitung“ hat gegen den Zechnarbeitsnachweis eine scharfe, wirkungsvolle Preßkampagne eröffnet.

Statistische Erhebungen werden im Maurer- und Bauhilfsarbeiterverband in der Zeit vom 29. August bis 3. September vorgenommen.

Schwerer Unglücksfall. Am 5. August stürzte in dem Lehmannschen Bruchbetriebe Grob- u. Fein- (Schleifen) der dort aufgestellte Dampftraktor auf bisher unangelegte Weise in die Tiefe.

In die Statistiker.

Diejenigen Zahlstellen, welche ihre statistischen Erhebungen im „Steinmetz“ veröffentlichen wollen, haben davon umgehend der Redaktion Mitteilung zu machen.

gegeben wird; es wirkt nur störend, wenn weiter eine lange Zahlenreihe aufmarschiert, wie alle zusammen diejenigen sind, welche sich an der Statistik beteiligen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 1. bis mit 6. August 1910. Meß, B. 32.20, E. 11.—, K. 4.80. Schopfloch, B. 128.99, K. 0.20. Straßburg, B. 591.86, E. 9.50, K. 170.25. Vahr, B. 18.40, K. 4.10. Herbede, B. 69.—, E. 2.50, Ins. 1.20. Herford, B. 11.50, K. 4.25. Kolmar, B. 11.50, K. 0.50. Burghausen, B. 2.10. Peppens, B. 11.10. Fallersleben, B. 11.80, K. 0.20. Friedel, B. 10.80. Meerane, B. 4.60, K. 0.20. Rudolphsdorf, B. 6.60. Achim, B. 3.60. Gardelegen, B. 5.—. Abainville, B. 4.80, E. 1.04. Kaufzig, B. 5.25. Dittelsdorf, B. 14.—. Garburg, B. 6.70. Aue, B. 346.—, K. 11.20. Blaubeurg, B. 314.16, E. 3.50, K. 16.10. Görlitz, B. 392.38, K. 11.50. Hoof, B. 55.66, E. 0.50, K. 18.—. Reichenhausen, B. 84.—, K. 10.—. Belpke, B. 4.70, E. 5.50. Würzburg, B. 190.65, E. 1.50, K. 4.35. Wilbemann, B. 210.—, E. 1.50, K. 9.10. Stettin, B. 74.52, E. 5.—. Springe, B. 25.20. Ohfenfurt, B. 110.86, E. 5.—. Vöbau, ? 819.49. Gauzenberg, B. 6.26, E. 10.—. Seßlingsfeld, B. 170.20, K. 3.30. Hall, B. 1092.—, E. 1.—, K. 2.70. Göhmannsdorf, B. 27.—. Düsseldorf, B. 150.88, E. 10.—. Köln II, B. 92.—, K. 2.75. Bamberg, B. 33.60, K. 0.90. Gößenheim, B. 25.20, K. 1.80. Siege, B. 2.70. Merseburg, B. 11.—. Dezelin, B. 5.35. Nylau, B. 7.05. Lübben, B. 2.40. Stargard, B. 2.60. Bohum, B. 69.—. Krefeld, B. 28.72, K. 0.15. Hall, B. 10.40. Madweiser, B. 123.50, E. 5.50, K. 2.45. Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

9. Gau (Karlsruhe). Infolge der Ueberweisung des Gauleiters in die Lungenheilstätte Friedrichsheim bei Badenweiler (Baden) erfolgt die Vertretung des Gaus durch Kollegen Vohse, Würzburg, für Württemberg, durch Kollegen Sarfert, Mannheim, für das Maulbronner Gebiet und Karlsruhe, und durch Kollegen Waldhart, Straßburg, für Elsaß, Schwarzwald, Oberbaden und Seegebiet.

Chemnitz. Am 1. August wurde im Volkshaus die Herberge eröffnet. Die Uebernachtungskosten für die reisenden Kollegen bezahlt die Zahlstelle. Das Ortsgebiet fällt weg.

Hemsbach. Ersuche diejenigen Kollegen, die noch Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber haben, dieselben innerhalb 14 Tagen zu begleichen.

Friedrich Weidenhammer, Kassierer.



Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Berlin.

Dienstag, den 16. August, abends 8 Uhr
Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiter)
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Tarifbewegung. 2. Verschlebes. Kein organisierter Marmorarbeiter darf fehlen! Die Ortsverwaltung.

Berlin.

Sonntag, den 28. August 1910
Dampferpartie
nach Rauchfangwerder Restaurant „Waldhaus“.
Musik und Tanz :: :: Verlosung
Kaffeeküche :: Kegelbahn.
Auch bei ungünstigem Wetter ist für angenehmen Aufenthalt gesorgt. — Teilnahme 1 Mk., Kinder frei. Karten sind im Bureau, in den Zahlstellen und bei den Platzverretern erhältlich. :: :: Abfahrt präzise 8 1/2 Uhr von der Stralauer Brücke, Ecke Waisenbrücke, Dampferstation Kahnt & Hertzler. Es ladet ein Das Vergnügungskomitee.

Zahlstelle Büchlberg.

Sonntag, den 21. August, nachmittags 2 Uhr
im Eibelschen Gasthause
Sommer-Fest
bestehend in
Garten-Konzert, Festrede und Ball.
Wir laden hierzu die Kollegen der Zahlstellen **Hauzenberg und Tittling** freundlichst ein
Das Festkomitee.

Ein Ersatz des Fachschulbesuches

sind d. Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Straßenbautechnik., Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Deutsches Reich. Ansichtsendungen. Kleine Teilzahlungen.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Schürzen Hausmacherseinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadette, Leder- und Wuschschürzen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Beglar. Der Steinmetz Otto Schultes mag sofort seine Adresse einsenden. Wilhelm Herbel, Baugasse 3.
Eisenach. Ersuche den Steinmetzen Hans Wolfrum aus Schwarzenbach a. S., mir sofort seine Adresse einzusenden, betr. Zusendung seines Parteibuches.
Chr. Köhler, Vorsitzender, Alterstraße 10.
Königsbrüd. Die Steinmetzen Joseph Lauer aus Oberstretz, Albert Hein aus Striegau und Rudolf Pasched aus Prag haben hier tüchtige Logischulden hinterlassen. Vertrauensleute, gebt auf diese Freibeuter Obacht.
Die Ortsverwaltung.
Jena. Der Steinmetz Albert Leopold, geb. am 15. Juli 1891 in Eberstedt, ist von hier abgereist und hat seine Interimskarte in Unordnung zurückgelassen. Es ist demselben keine neue auszustellen.
Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Birmansien. Vorf. u. Kass.: Daniel Heidenreich, Löwenbrunner Straße 8.
Emmendingen. Vorf.: Konrad Strobel, Gartenstraße. — (Warum wird keine Hausnummer angegeben? Red.)
Herford. Vorf.: Johann Krag, Dorotheenstr. 478.
Waldhörn. Vorf.: Edmund Englert.
Pofen. Vorf.: August Wübbe, Neumannstraße 7.
Nordendorf. Vorf.: Johann Schauz, Blankenburg. Kass.: Johann Nordorfer, Nordendorf.

Briefkasten.

Z. in Sch. Wir empfehlen Dir die Steinmetzschule in Zerbst. Lasse Dir das Programm kommen. Beginn des Wintersemesters am 23. Oktober. Gute Vorbereitung in der Mathematik ist die Hauptsache. Ebenfalls notwendig ist eine große Portion Fleiß. — **E.** Warum denn gleich so scharf auftreten. Trotzdem besten Gruß! — **B. in S.** Der Artikel war schon gesetzt. Besten Gruß! — **D. 1.** Die Zivilehe ist natürlich gestattet. Die Ehe ist rechtsverbindlich auch ohne kirchliche Trauung. 2. Die Zivilliste des württembergischen Königs beträgt 2 132 386 Mk. Der König von Preußen besitzt jetzt etwa 19 Millionen Mark. — **R. in A.** Zweifellos wird Dir das Armenrecht gewährt. Das Gesuch um Bewilligung ist nach § 109 der Zivilprozessordnung bei dem Prozeßgericht anzubringen, ebenfalls ist der Gerichtsschreiber verpflichtet, darüber ein Protokoll aufzunehmen. Der Verteidiger kann nach § 147 der Strafprozessordnung die Gerichtsakten einsehen. Wir wünschen guten Erfolg. — **Hildesheim.** Die Meldung aus E. ging uns ungenau zu. — **S. in Dr.** Die grünen Sorten aus Wiesa und Fichtelberg dürften einen Härtegrad haben. Sende doch polierte Plättchen in der Größe von etwa 8 zu 11 cm.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfiehlt zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Heinrich Tauch
Spitzkunnersdorf (Sachsen)
empfiehlt den Steinmetzern seine bewährten
Double-Leder-Hosen
in weiß, Silbergrau und Braun, nur Prima-Ware, jede Hose 5 Mk. frei ins Haus. Angabe von Schrittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. — Eigene Fabrikation. — Muster franko. — Lobende Anerkennungen.

35-40 tüchtige Auschläger und Bosierer
suchen sofort Bruchmeister Zierold, Bruchmeister Höger
Auer Granitwerke, Auerhammer (Erzg.).

Erklärung!
In der Nr. 3 des Fachblatts haben drei Dortmunder Kollegen eine Beleidigung zurückgenommen. Der Urheber der Äußerung ist nun festgestellt. Es ist dies der schon verschiedentlich als Arbeitswilliger fungierende Steinhauer Karl Otto Fink zu Dortmund. Fink gab folgende Erklärung ab:
„Der Endesunterzeichnete bescheinigt hiermit, daß er die Beleidigungen und unwahren Äußerungen, die er gegen den Gauleiter Hermann gegenüber den drei Dortmunder Kollegen getan hat, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt.“
Karl Otto Fink.“

Gestorben.
In Bamberg am 28. Juli der Kollege Ernst Droht, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit. Der Verstorbene war ein tüchtiger Agitator des Verbandes.
In Chemnitz am 28. Juli der Kollege Mathias Leszund, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Oberpeilau am 7. August der Kollege Karl Rarger, 44 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
In Sondersdorf (Wödmen) am 28. Juli der Kollege Franz Reichel, 45 Jahre alt, an der Berufskrankheit. Der Verstorbene gehörte der Zahlstelle Pirna an.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Mehr Agitation in den Steinbruchgebieten.

In den deutschen Gewerkschaften wird schon seit Monaten großer Wert auf das Betreiben einer umfangreichen Agitationsarbeit gelegt. Die Mitgliedsziffern, die in den letzten zwei Jahren stabil blieben oder gar etwas gesunken waren, müssen wieder in die Höhe schnellen. Und diese Erscheinung wird beim gegenwärtigen guten Stand der Konjunktur eintreten.

Wir haben aber das Empfinden, daß wir im Steinarbeiterverband die Zeit nicht immer zu nützen verstehen. Aus den Berichten im „Steinarbeiter“ geht nur selten hervor, daß Agitationsveranstaltungen veranstaltet werden oder die Zahlstellenverwaltungen eine gut vorbereitete Hausagitation einleiten wollen. Jede Zahlstelle muß unermüßlich tätig sein, damit ihre Mitgliederziffern vermehrt werden. Die Zeit der Stagnation muß im Steinarbeiterverband für lange Zeit vorbei sein; es muß unsere Aufgabe sein, ungestört in den Steinbruchgebieten Agitation zu entfalten. Bei unserer Werbungsarbeit haben wir viel zu lange diejenigen Steinbrüche ignoriert, in denen Basalt, Grauwacke, Melaphyr usw. gewonnen wird. Aber gerade in diesen Betrieben stehen die Arbeitermassen; da muß es uns gelingen, die Ideen unseres Verbandes erfolgreich zu propagieren.

Nachstehend bringen wir eine Tabelle, aus welcher ersichtlich ist, welche Bedeutung die einzelnen Betriebszweige in der Steinindustrie für unseren Verband haben. Für die Agitation ist das besonders wertvoll, denn es ist nötig, daß derjenige, welcher über die Bedeutung der Steinindustrie reden will, die einzelnen Details derselben ebenfalls kennt. Für uns kommen bei der Agitation die Arbeiter folgender Gruppen in Frage. Wir geben die Zahl der Betriebe an, desgleichen die gezahlten Löhne für 1909:

Betriebe	Zahl der Betriebe	Gesamter Lohn in Mark
Marmor-Schleifereien und Sägereien Schiefertafelfabriken u. Griffelmacher	74	2 084 265
Kalkschleifereien, einschließlich der dazu gehörigen Steinschleifereien	8	177 190
Schieferbrüche	128	800 417
Vulkanische Tuffsteinbrüche	206	3 552 867
Sandsteinbrüche	98	1 002 833
Kalk- und Dolomitbrüche	2569	13 619 703
Marmorsteinbrüche	2029	18 449 778
Kalktuffsteinbrüche	35	217 758
Granitsteinbrüche	71	160 308
Granitsteinbrüche	787	10 626 028
Granitsteinbrüche	18	194 870
Dioritsteinbrüche	27	129 586
Gneissteinbrüche	67	452 776
Grünsteinbrüche	93	786 904
Gneissteinbrüche	44	47 781
Basaltlava-Steinbrüche	59	481 891
Dabassteinbrüche	16	455 184
Trachytsteinbrüche	22	36 934
Phonolithsteinbrüche	19	139 115
Morphyrsteinbrüche	197	3 308 426
Melaphyrsteinbrüche	123	1 919 535
Basaltsteinbrüche	413	6 794 168
Grauwacke-Steinbrüche	600	5 455 658
Quarzitsteinbrüche	93	1 081 437
Geschliffene u. Pflastersteine	240	8 397 546
Fabriken zur Herstell. v. Kunststeinen	984	9 165 569

Dieser Auszug wird nun endgültig demjenigen die Augen öffnen, welcher dachte, „ach, was scheren uns die Steinbrüche, in denen bloß Rohmaterialien gewonnen werden, Bruchsteine, Packlager usw.“ Besonders sticht hervor, daß in den Kalk-, Porphyr-, Melaphyr-, Basalt-, Grauwacke- und Pflastersteinbrüchen solche enorme Lohnsummen ausbezahlt werden. Fragen wir nun: „Haben wir in jenen Betrieben mit unserm Verbands auch einen dementsprechenden Einfluß?“ so muß die Antwort „Nein“ lauten.

Je mehr wir die Zusammensetzung der Steinindustrie untersuchen, desto mehr fällt auf, was wir bisher in der Organisation der Hilfsarbeiter veräumt haben. Da kann die naive Redensart nichts nützen, wenn einige so von oben herab recht gelassen und selbstbewußt sagen: „Die Hilfsarbeiterfrage war ja schon längst gelöst.“ — Wenn wir eine statistische Erhebung vorführen könnten, wie stark unser Verband in den einzelnen aufgeführten Gruppen ist, alle würden zur Ueberzeugung kommen, daß unser Verband noch sehr ausbreitungsfähig ist.

Wir müssen wiederholt zur rastlosen Agitationsarbeit anfeuern, damit wir am Jahreschluss über eine erhebliche Mitgliedervermehrung berichten können. Nur in einigen Orten wurde die Hausagitation energisch entfaltet; die dort erreichten Resultate dürfen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Aber die meisten Zahlstellen finden sich mit dieser Agitationsmethode nur sehr ungenügend. Hier müssen die Gauleiter die nötigen Anregungen geben, wie diese Kleinarbeit eingeleitet werden muß. Für eine nachhaltige Agitation ist jetzt noch der gegebene Augenblick; die Tarife sind so ziemlich unter Dach und Fach. Die einzelnen Plänkelleien, die noch durchzuführen sind, lassen sich mit unsern befohlenen Funktionären mit Leichtigkeit erledigen.

Die politische Situation ist für unsere Werbearbeit geradezu vorzüglich zu nennen. Um Agitationsthemen braucht man fürwahr nicht verlegen zu sein.

In den einzelnen Gebieten müssen die rednerisch begabten Kollegen mehr wie bisher zum Betreiben der Agitation herangezogen werden. Wir haben auch für einen tüchtigen Nachwuchs Sorge zu tragen. Und es gibt Kollegen in genügender Zahl, die mit Freude mitarbeiten, die Hauptsache ist natürlich, daß eine dementsprechende Anregung gegeben wird. Es ist nicht jedermanns Sache, sich vorzubringen, den Klagen zu mimen, wie man zu sagen pflegt. Wird aber ein sonst befähigter Kollege, der nur den Fehler hat, bescheiden zu sein, an die richtige Stelle gestellt, er wird für den Verband hervorragendes leisten.

Wir müssen weiter vordringen, mehr in den Basalt- und Schotterwerken Breche zu legen, dann wird unsere Mitgliedsziffer schnell und gewaltig steigen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Kern eines Kohleisensyndikats. — Eine Konzentration in der elektrotechnischen Industrie. — Das Preisniveau für Nahrungsmittel im Kleinhandel.

In der letzten Zeit haben wieder Verhandlungen über die Bildung eines deutschen Kohleisensyndikats stattgefunden, die zunächst resultatlos verlaufen sind. Die Forderungen einzelner Werke waren derart, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Vor allem waren es die jungen Küttenwerke, die auf ihre machtvolle Position pochten und nur bei weitgehender Wahrung ihrer bevorzugten Stellung einem Syndikat beitreten wollten. Aber auch unter den übrigen Werken waren die Gegensätze unausgleichbar. Die Verhandlungen waren schon als resultatlos aufgegeben, als am 2. August die Mehrzahl der Werke sich eines besseren besannen und doch noch zu einer Verkaufsvereinbarung sich zusammenschlossen, die als Kern eines künftigen Kohleisensyndikats bezeichnet werden kann. Gegen die noch außenstehenden Werke wird es jetzt zu einer ziemlich heftigen Konkurrenz kommen. Man befürchtet nämlich, daß namentlich die kleineren Werke unter weitgehenden Preisreduzierungen sich Aufträge in Menge heranziehen wollen, die Arbeitsgelegenheit für das ganze Jahr 1911 bieten. Diesem Vorgehen soll die neue Verkaufsvereinbarung entgegenwirken, indem sie solche Preisunterbietungen durch verschärften Preisdruck im einzelnen Falle zu verhindern sucht. Das Scheitern der Syndikatsverhandlungen hätte sich für die Eisenindustrie schwer gerächt. Augenblicklich merkt man ja wenig von einer allzu starken Belastung des deutschen Marktes, weil es bis jetzt gelungen ist, den Export in ungewöhnlicher Weise zu forcieren. Während in England und den Vereinigten Staaten der Export sich nur langsam ausdehnen kann, hat in Deutschland in geradezu auffälliger Weise zugenommen. Wäre es nicht möglich gewesen, die Ausfuhr so zu steigern, wie es geschehen ist, so würde entweder die starke und fortgesetzte Vermehrung der Erzeugung nicht möglich gewesen sein, oder aber wir hätten unter einer Ueberlastung des Marktes mit allen seinen ungünstigen Folgen, die sich bis auf den Arbeitsmarkt erstrecken, wenn sich nun die Nachfrage am

Inlandsmarkt, wie zu erwarten steht, hebt, so wäre ohne Vereinbarung eine solche Steigerung der Produktion erfolgt, die beim ersten Nachlassen des starken Bedarfs zu der Erscheinung einer ungesunden Ueberproduktion geführt hätte.

In der elektrotechnischen Industrie haben die letzten Tage eine starke Annäherung zwischen zwei der größten Betriebe gebracht. Der Felten und Guilleaume-Zahmeyerkonzern hat Anschluss an den Konzern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gefunden, und zwar in der Weise, daß die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich die Zahmeyer-Gesellschaft erwirbt. Die Bank für elektrische Unternehmungen gehört aber zum Konzern der A. E.-G., so daß dieser Ankauf der Zahmeyerwerke zugleich ihre Angliederung an den Konzern der A. E.-G. bedeutet. Bisher standen die beiden Konzerne in ziemlich scharfem Gegensatz zueinander, der für die Betriebe des Zahmeyerkonzerns sich nachteiliger äußerte als für die A. E.-G. Nichtsdestoweniger war auch der A. E.-G. der Wettbewerb des Felten und Guilleaume-Zahmeyerkonzerns lästig, und man suchte daher einen Modus, die Rivalität auszuschließen und gemeinsam gegen die übrige Konkurrenz auftreten zu können. Der soll nun durch die gekennzeichnete Transaktion gefunden sein. Die Betriebe des Zahmeyerkonzerns bleiben in ihrer bisherigen Selbstständigkeit bestehen, aber durch die Vermittlung der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich ist der A. E.-G. ein weitgehender Einfluß auf die Verwaltung der Betriebe des Zahmeyerkonzerns gesichert. Diese neueste Transaktion, die von den in Frage kommenden Generalversammlungen gutgeheißen werden dürfte, wird die Machtverhältnisse in der deutschen elektrotechnischen Industrie sehr stark zugunsten der liberalen A. E.-G. verschieben. Man darf gespannt sein, wie die andern Konzerne diese Konzentrationsbewegung aufnehmen werden; vielleicht suchen auch sie durch gegenseitige Annäherung ihre Position zu stärken.

Seit einigen Monaten zeigt sich im Großhandel eine sinkende Preis tendenz, die namentlich für Nahrungsmittel zu beobachten ist. Demgegenüber fällt es auf, daß das Preisniveau für Nahrungsmittel im Kleinhandel erst eine geringe Ermäßigung anzeigt. Die Spannung zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen ist infolgedessen in einem Grade angewachsen, der die Konsumenten zu heftigem Widerpruch herausfordert. Es soll dem Kleinhandel zugute gehalten werden, daß er angesichts der starken Preischwankungen im Großhandel nicht immer jede Veränderung der Großhandelspreise mitmachen kann. Er hat oft seine Einkäufe noch zu Preisen gemacht, die ihm starke Verluste bringen würden, hätte er nicht die Möglichkeit, die höheren Preise etwas länger zu halten, als es nach den Veränderungen im Großhandel angezeigt erscheint. Aber gerade wenn man in dieser Beziehung den Interessen des Kleinhandels weit entgegenkommt, muß man angesichts der Preisbildung, vor allem auf dem Getreide- und Weizenmarkt, fragen, daß die Brotpreise an den meisten Orten zurzeit auf einer ungerechtfertigten Höhe stehen, und daß die starke Senkung der Getreidepreise gegenüber dem Vorjahre in der Bewegung der Brotpreise noch nicht entfernt zum Ausdruck kommt. Das ist eine Tatsache, der gegenüber alle Erklärungsversuche und Entschuldigungsgründe versagen. Und was für Brot gilt, das trifft auch noch für andre Nahrungsmittel zu. Fragt man nun, woher es rührt, daß die Konkurrenz nicht für die nötige Ermäßigung der Preise sorgt, so kann man nur sagen, daß gerade im Kleinverkehr diese Konkurrenz schwach entwickelt ist. Die Masse der Konsumenten kauft eben nicht nach den Prinzipien eines Geschäftsmanns ein, sondern überläßt sich beim Einkauf der täglichen Bedürfnisse einer überkommenen Gewohnheit, die nicht so leicht zu erschüttern ist und die daher eine scharfe Konkurrenz im Kleinhandel schwer aufkommen läßt. Nur wo große Warenhäuser und namentlich Konsumvereine dem selbständigen Kleinhandel seinen Markt bedrohen, wird auch der Kleinhandeler gezwungen, mit den Preisen den Konsumenten möglichst weit entgegenzukommen. Die Organisation eines Teiles der Konsumenten in Konsumvereine erweist sich immer mehr als ein heilsames Mittel gegen Preisauflösungen im Kleinhandel. Einzelne Beispiele gerade aus der jüngsten Zeit lehren auch, daß auf solchen Pfaden, wo starke Konsumvereine weitgehenden Einfluß auf die Preisbildung am Nahrungsmittelmarkt haben, die Spannung zwischen den Großhandels- und Kleinhandelspreisen lange nicht sich so scharf entwickelt hat wie dort, wo Konsumvereine fehlen oder wo sie noch nicht stark genug sind, um auf die Preisbildung der wichtigsten Nahrungsmittel nachhaltig einwirken zu können.

Berlin, am 6. August 1910. R. Calwer.

Ueber die jetzige Baukonjunktur

äußern sich bürgerliche Blätter folgendermaßen: „Die Hoffnung, daß nach der Aussperrung im Baugewerbe eine sommerliche Nachbesserung den Ausfall an Arbeitsgelegenheit, den der Arbeitskampf gebracht hatte, bis zu einem gewissen

Gesteinsvorkommnisse in Preußen.

II.

Recht interessant ist die dem Werk beigelegte Uebersichtstabelle, auf welcher ersichtlich ist, wo die einzelnen Gesteinsvarietäten am meisten vorkommen. Da fällt uns sofort auf die starke Basalt- und Basaltlava-Industrie im Rheinland, dem Hessischen und in Schlesien. In nachstehenden Kreisen ist diese Industrie von besonderer Bedeutung: Prüm, Daun, Wittlich, St. Goar, Unter-Lahnkreis, Ober-Lahnkreis, Koblenz, Altwieseler, Rheinbach, Bonn, Siegburg, Altenkirchen, Wipperfurth, Marburg, Kirchhain, Dillkreis, Hünfeld, Rothenburg, Homburg, Frielar, Wolfshagen, Uslar, Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern. Diese Distrikte liegen in dem Bereich unserer Gaubezirke Hannover, Köln, Mannheim, und auch Würzburg dürfte berührt werden. Für den zweiten Gau (Schlesien) kommen folgende Kreise in Betracht: Löwenberg eventuell mit dem anschließenden Hainau, Tauer, Reichenbach, Lauban, Münsterberg, Grottkau, Falkenberg, Rosel, Leobschütz und Oppeln. — Wir wissen nicht, inwieweit die Steinarbeiter der Basaltindustrie in anderen Verbänden organisiert sind, aber es ist doch klar, daß wir in organisatorischer Beziehung unter jener Kategorie große Erfolge erzielen können.

Basaltlava ist sehr witterungsbeständig, wie Hirschmann in trefflicher Weise nachweist. Die Balduinsbrücke bei Koblenz über die Mosel steht zirka 550 Jahre. Die Stifts- und Pfarrkirche in Hochelten wurde vor tausend Jahren gebaut. Die Einfassung der Basilika in Trier soll sogar 1600 Jahre alt sein. Mit diesen Hinweisen soll bezweckt werden, daß die staatlichen und städtischen Baubehörden dem Basaltlava wieder mehr Interesse zuwen-

den. — Der Basalt wird hauptsächlich nur zu Pflasterungsarbeiten verwendet. In früheren Zeiten wurde er auch als Mauerwerkmaterial benutzt, doch dürfte dieses heute weniger der Fall sein.

Der schlesische Sandstein, welcher in der Bunzlauer Gegend gewonnen wird, wurde erst in den letzten fünf Jahrzehnten hervorragend zu Bauzwecken verwendet. Dieser Stein wurde allerdings schon vor Jahrhunderten gebrochen, aber er scheint nach den ermittelten Resultaten nicht eminent weicher zu sein. Der Glogauer Torturm, welcher vier Jahrhunderte steht, ist stark verwittert, ebenfalls die 170 Jahre alte Ritterakademie in Liegnitz. Wir meinen aber, daß der schlesische Sandstein ebenfalls mit seiner Wetterbeständigkeit die Jahrhunderte in die Schranken fordern kann, denn das Tiefengestein, das heute zu Tage in den Alt-Warthauer Steinbrüchen gewonnen wird, dürfte wohl allen Ansprüchen genügen.

Die geologische Formation für Preußen zeigt, daß der Granit sehr spärlich vertreten ist; eine Ausnahme bildet nur Schlesien. Vorherrschend ist das Sandsteinvorkommen, und zwar kommen da die Provinzen Rheinland, Westfalen, Hannover und Schlesien in Betracht. Die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen sind sehr „steinarm“, nur die Muschelkalkformation tritt teilweise auf. Der westliche Teil Deutschlands hat die meisten Gesteinsvorkommnisse, unter andern tritt die Grauwacke besonders in den Vordergrund. Dieses Gestein wird verarbeitet in den Kreisen Saarburg, Trier, Kreuznach, Römchen, Malmedy, Aachen, Siegen, Biedenkopf und Meschede. Hauptsächlich findet Grauwacke für den Straßenbau Verwendung.

Auf das Muschelkalkvorkommen brauchen wir nicht einzugehen, es ist dieses unlängst im „Steinarbeiter“ hinreichend gesehen.

Das Buch des Herrn Dr. Hirschmann stellt zweifellos eine immense Arbeit dar. Es war nicht leicht, das Material in so umfassender Weise zusammen zu tragen. Die Baubehörden werden dieses Buch nicht entbehren können.

Als mangelhaft stellt sich heraus, daß das Buch kein alphabetisches Verzeichnis hat, welches eine Uebersicht zuläßt, wo die einzelnen Gesteinsarten vorkommen. Das vorhandene Ortsregister gibt auf diese Frage keine Auskunft. Will man sich informieren, wo beispielsweise der Melaphyr auftritt, so muß zuerst in eingehender Weise die geologische Karte studiert werden.

Apophorismen.

Es ist eine Kurzsichtigkeit oder Engherzigkeit, wenn mancher warme Freund der Gewerkschaften hofft oder rät, daß die Arbeiter sich von der Betätigung ihrer politischen Interessen abwenden möge. Gerade wie der Kaufmann trotz der Handelskammern, die Handwerker trotz der Innungen nicht aufhören wird, sich auch als solcher politisch zu betätigen, so kann man es billigerweise auch vom Arbeiter nicht verlangen, daß er unpolitisch werde, oder daß er sich den politischen Bestrebungen anderer sozialer Klassen bedingungslos anschließt. Er hat ein Recht auf die tatkräftige Vertretung seiner Interessen im politischen Machtkampfe ebenso wie der Junker, der Bauer.

So sagte der Professor Werner Sombart. Die Arbeiter mögen sich solches merken.

„Wie komm' ich am besten den Berg hinan? Steig' nur hinauf und den' nicht dran!“

Riesbach.

„Beh' über die Geduldrigen, die immer Frieden wollen, die nie im Zorn entbrennen, die da noch schonen wollen, wo sie vernichten sollten.“

Robert

Grabe wieder einholen werde, kann man fallen lassen. Auch die Bitterung begünstigte in letzter Zeit die Bautätigkeit nicht übermäßig. In zahlreichen Gegenden hemmte intensives Regenerwetter die Arbeiten im Freien, auch ist die Jahreszeit schon so weit vorgerückt, daß die sommerliche Ruhepause ein Aufleben der Bautätigkeit wieder unterbrechen würde. Daher ruft es wohl, wenn aus vielen Orten die Nachricht kommt, daß die Bauunternehmer die Ausführung zahlreicher Bauten verschoben hätten, vielfach sogar schon bis zum nächsten Jahre. Kurz und gut, die Unternehmungslust hält sich in engen Grenzen. Das ist für den großen Kreis der vom Baugewerbe lebenden erwerbstätigen Bevölkerung wenig erfreulich, es ist aber auch vom Standpunkt der Bauunternehmer in gewisser Beziehung bebaulich. Dieses Jahr ist Geld auch relativ billig. Ob im nächsten Jahre die Beschaffung der nötigen Kapitalien zu annähernd gleich günstigen Bedingungen wie dieses Jahr möglich ist, muß als fraglich bezeichnet werden. Denn wenn im nächsten Jahre, wie zu erwarten ist, Industrie und Handel mit steigendem Kapitalbedarf an den Geldmarkt herantreten, dann ist mit höheren Zinssätzen zu rechnen, was sich beim Bauen besonders rasch und intensiv zeigen würde. Aus allen diesen Ursachen ist es recht unerfreulich, daß die Bautätigkeit vom Frühjahr bis zum Sommer dieses Jahres die erwartete starke Belebung nicht erfahren konnte. Mag der Herbst auch noch eine Besserung bringen, er wird das Verfallene nicht mehr einzuholen vermögen.

Ein Blick auf die Bautätigkeit in den verschiedenen Gegenden ergibt, daß sie schon ganz und gar das Gepräge der sommerlichen Ruhe an sich trägt. Im Osten Deutschlands ist der Geschäftsgang verhältnismäßig am wenigsten träge. In Königsberg befriedigt die private Bautätigkeit wenig, während für öffentliche Zwecke etwas regere Bautätigkeit herrscht. Insterburg und Allenstein weisen eine ziemlich lebhaftere Tätigkeit auf; in Thorn werden die vor der Aussperrung begonnenen Bauten rege gefördert, und in Elbing wird für private Zwecke befruchtend gebaut. Graudenz weist auch nach Aufhebung der Aussperrung keine Zunahme der Bautätigkeit auf. In den Provinzen Posen und Schlesien ist die Tendenz der Bautätigkeit vorwiegend matt. In der Stadt Posen macht sich vornehmlich wieder eine Zunahme von Spekulationsbauten bemerkbar. In Glogau, Regensburg und ganz besonders in Hirschberg läßt die Bautätigkeit zu wünschen übrig, in Bromberg, Glatz und Ratibor ist sie etwas besser. In Nord- und Mitteldeutschland ist die Tendenz fast allgemein matt, Schleswig-Vollstein steht ganz im Zeichen der Mattigkeit; Eilenburg, Kiel, Neisburg u. a. weisen keine Belebung auf; es wird hier noch viel über leerstehende Wohnungen geklagt. Dagegen hat sich in Hamburg die Bautätigkeit wieder gebessert und auch in den Nachbarorten wird rege gebaut. In Pommern und Brandenburg ist die Bautätigkeit überwiegend gering; weder private Unternehmer noch Behörden machen Anstalt zu neuen Bauten. Sehr unbefriedigend gestaltet sich die Baukonjunktur im Königreich Sachsen. In Leipzig ruht die Bautätigkeit auch noch nach der Aussperrung, in Riesa und in Freiberg hielt sie sich in engen Grenzen; in Chemnitz und Dresden ist die Bautätigkeit ein wenig größer. Von mitteldeutschen Städten sind nur wenige mit lebhaftem Gepräge zu nennen. In Thüringen hat die von der Aufhebung der Aussperrung erwartete Anregung der Bautätigkeit nicht eingetreten; das gilt sowohl für die größeren Plätze, wie Erfurt, Gotha, Nordhausen, als auch für die meisten kleineren Orte. Im Süden und Westen Deutschlands überwiegen die Gegenden, in denen der Geschäftsgang matt ist, ebenfalls. Von rheinisch-westfälischen Städten leiden besonders Münster, Dortmund, Bielefeld, Bielefeld, Essen, Krefeld unter einer ungünstigen Nachwirkung der Aussperrung, während in Hamm, Köln und Aachen die Bautätigkeit sich etwas kräftiger belebt hat. Mainz, Worms und Frankfurt a. M. weisen noch einen schleppenden Beschäftigungsgrad im Baugewerbe auf. Während in Baden eine etwas flattere Bautätigkeit herrscht, ist sie in Bayern überwiegend matt. Ulm, Moring, Augsburg, Passau, Nürnberg, Kempten stehen im Zeichen der Sommerpause, nur in München ist die Tätigkeit etwas reger geworden.

Soziale Kolonisation und Arbeitslosenfürsorge.

Hierüber verbreitet sich Dr. W. Zimmermann-Berlin in einem längeren Artikel in Nr. 43 der Sozialen Praxis. Trotz aller Mühen der Arbeitslosigkeit und dem „Bagabundentum“ Herr zu werden, ist man bis jetzt noch zu keinem einigermaßen befriedigenden Resultat gekommen. Die Errichtung von Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien und Vornahme von Notstandsarbeiten konnten zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, weil sie nur für ungelernete Arbeiter zugeschnitten waren, auch nicht ausreichend Beschäftigung boten. Der Arbeitsnachweis aber, der den gelernten Arbeitern besonders dienen sollte, versagte anfangs gänzlich infolge Isolierung und mangelhafter Ueberlandsverbindungen und versagt noch heute oft infolge der ziemlich gleichmäßigen Allgemeinwirkung wirtschaftlicher Krisen oder Saisonabschwüngen auf alle Gewerbegebiete. Wirksamer, wenn auch nicht ausreichend, griffen schon die Arbeiterverbände ein. Aus eigener Kraft haben die freien Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1908 8,13 Millionen Mark und 1909 8,59 Millionen Mark verausgabt. Damit wurde der Sozialgesetzgebung der Weg gewiesen, die Not der Arbeitslosigkeit zu lindern. Für eine großzügige Organisation der Arbeitslosenversicherung über das ganze Reich ist man aber infolge des heftigen Widerstands des Unternehmertums noch nicht zu haben. Nun sucht ein neues Unternehmen der Arbeitslosenfürsorge einen Weg zu weisen. In der Schrift Soziale Kolonisation machen Reichstagsabgeordneter v. Kappengst und Schriftsteller Hays Ostwald dafür Propaganda, durch Urbarmachung und gewerbliche Ausbeutung von brachliegendem Unland, besonders der 400-500 Quadratmeilen großen Moorlandschaften in Deutschland, Beschäftigung für Arbeitslose zu schaffen. Da das Reich zur Unterstützung sehr schwer zu interessieren ist, sollen öffentliche und private Korporationen das Geld vorstrecken, bis sich die Siedlung durch ihre eigene Arbeit erhalten kann. Eine private Hauptstelle soll die Sache in die Hand nehmen und Preußen drängen, eine Unlandfläche zur Verfügung zu stellen. Arbeitslose Bauhandwerker sollen Unterkunftsräume errichten; für plötzliche härtere Belegung soll das Barackenmaterial, das für Kriegs- und Seuchengefahr aufgestapelt liegt, zur Verfügung gestellt werden. v. Kappengst sucht dann nachzuweisen, daß sich die in der Industrie arbeitslos Gemordenen für die Siedlung durchaus eignen. Durch Anschluß an gut organisierte Arbeitsnachweise soll es den Siedlungsarbeitern ermöglicht werden, sofort in ihren Beruf zurückzukehren, sobald dort wieder Arbeit vorhanden ist. Die gewerbliche Ausbeutung des urbar gemachten Landes wird sich auf 20 und mehr Prozent Zinsen belaufen. Die Riesensummen, welche heute für Notstandsarbeiten und private Wohltätigkeit ausgegeben werden, sollen diesem Unternehmen zugeführt werden. Auch hofft v. Kappengst, daß die Arbeiterverbände wenigstens einen Teil des Geldes, statt an die Mitglieder zu zahlen, an die Kulturarbeitstätten übermitteln, um dort arbeitslos gewordenen Mitgliedern dafür Beschäftigung zu geben. Die Mitwirkung der Gewerkschaften, meint Dr. Zimmermann, sei deshalb schon unerlässlich, weil es ohne ihren moralischen Einfluß und ihre erzieherische und aufklärende Tätigkeit wohl nur schwer gelingen wird, das eingewurzelte Widerstreben der städtischen Arbeiter, bei vorübergehender Arbeitslosigkeit auf dem Lande eine Zuflucht zu suchen, zu überwinden. Die Schwierigkeiten des ganzen Experimentes sind in der Praxis so groß, daß es aller willigen und künftigen Kräfte bedürftig, die innere Verfassung und Verwaltung richtig zu organisieren. Die Fortführung der Siedlungsarbeiten im Winter werde schwer durchführbar sein und dadurch am wenigsten

nützen, weil alsdann gerade die höchste Arbeitslosigkeit vorherrscht. Am schwersten aber wird das ganze Unternehmen mit der ausländischen Arbeiterfrage zu ringen haben. Denn sind die Arbeiter während der wirtschaftlichen Krise auf diesen Siedlungen untergebracht, steht die Industrie während des Einsetzens der Hochkonjunktur ohne Arbeitskräfte da und wird sich solche durch das Ausland beschaffen. Die Ausländer belasten dann beim darauffolgenden Niedergang wieder den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit befehlt nach wie vor. Ein Universalmittel gegen die Arbeitslosigkeit wird dieses Siedlungsunternehmen auch schon aus dem Grunde nicht sein, weil der technische Fortschritt der Industrie fortgesetzt das Heer der Arbeitslosen vermehrt, wie es sich gegenwärtig in der Glasindustrie ganz besonders zeigt. Auf dem Wege a la Bobelschwing kann man beim besten Willen nicht zum Ziele kommen, wobei wir gerne zugeben, daß alle Versuche auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu begrüßen sind.

Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.

Die Christlichen sind arg in der Klemme. Die Berräterei des Zentrums durch die Reichspolitik machen die schwarzen Arbeiter rebellisch, und nun kam sogar ein Bischof, welcher in seiner weiteren Eigenschaft bayerisches Reichsratsmitglied ist, und sagte dem Arbeiterstande im allgemeinen gerade keine Schmeicheleien. Darüber müssen sich sogar die christlich organisierten Arbeiter entrüsten, denn der Bischof hat das Zentrum nicht schlecht photographiert. Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Am 12. Juli wurde im Plenum der bayerischen Reichsratskammer über den Eisenbahnetat und das Organisations- und Streikrecht der Eisenbahner verhandelt. Der Herr Verkehrsminister von Frauendorfer wiederholte seine schon in der Ausschüßung gemachten Ausführungen, daß gegen große soziale Bewegungen mit Unterdrückungspolitik nichts auszurichten sei und verwies dabei auf die Entwicklungsgeschichte des Christentums. Gegen diesen Vergleich des Verkehrsministers zwischen Sozialdemokratie und Christentum protestierte der Bischof Dr. v. Henle: „Ich bin leider veranlaßt, dem Verkehrsminister widersprechen zu müssen in einer seiner Äußerungen, die von ganz besonderer Tragweite ist. Der Minister hat zwischen Christentum und Sozialdemokratie einen Vergleich gezogen. Zwischen der Sozialdemokratie und dem Christentum besteht gar keine Analogie, weder in den Zwecken, noch in den Tendenzen, noch in seiner Entwicklung. Der Minister wies auf die soziale Bedeutung des Christentums hin. Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt. Wenn der Minister die Paulinischen Briefe nachliest, wird er finden, daß der Apostel Paulus immer darauf hingewiesen hat, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken.“

„Wer Knecht ist, soll es bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entbunden wird.“

Das Christentum hat also, was Entwicklung betrifft und seine Stellung zur sozialen Frage, mit der Sozialdemokratie, auch nicht die geringste Beziehung oder Fühlung. Das möchte ich hier konstatiert haben.“

Die „Münchener Post“ hat sich im Anschluß an die bischöflichen Ausführungen der Mühe unterzogen, aus den Paulinischen Briefen alle Textstellen zusammenzustellen, in denen der Apostel von Knechten redet, und hierbei hat sie auch noch den Text der ganz zuverlässigen Konstanzer Ausgabe der Bibl. Sacr. vom Jahre 1770 benutzt. Sie fand folgende Stellen:

Brief an die Korinther, Kap. VII. 20: „Daher soll ein Jeglicher in dem Beruf bleiben, darinn er berufen ist. — 21. Bist du aber Knecht berufen, laß dich das nicht kümmern, kannst du aber frei werden, so gebrauch dich dessen viel lieber. — 23. Weil ihr aber teuer erkaufet worden, solet ihr nicht Knecht der Menschen werden.“

An die Epheser, Kap. VI. 5: „Ihr Knechte seyd euren leiblichen Herren in allem gehorsam aus Furcht und Zittern, in Einsicht eurer Herzen, wie Christus. — 6. Nicht das ihr Augen Diener seyd, als die denen Menschen gefallen wollen, sondern als dem Herrn, der dem Willen Gottes von Herzen thun. — 7. Und mit gutem Willen dienen, wie dem Herrn und nicht denen Menschen.“

An die Kolosser, Kap. III. 22: „Ihr Knechte seyd euren leiblichen Herren in allem gehorsam und dienet ihnen nicht denen Augen nach, als denen Menschen zu gefallen, sondern im Einsicht des Herzens und sucht Gottes.“

An Timotheus, Kap. VI. 1: „Die Knecht soviel ihrer unter dem Joch seynd, sollen ihre Herren aller Ehr werth halten, damit der Name des Herren, und die Lehr nicht gelästert werde.“

An Titus, Kap. II. 9: „Der Knecht ermahnt, daß sie ihren Herren untertänig seien und in allen Dingen wohlgefällig, daß sie nicht widersprechen.“

Damit ist das Gegenteil von dem wahr, was der Herr Bischof behauptet hat. Der Apostel Paulus hat, soviel er auch zur Gewinnung von Anhängern der reinen Lehre den Zustand der Sklaverei unbeachtet ließ, niemals das schändliche Wort gesagt, ein Sklave müsse Sklave bleiben, er hat im Gegenteil die Sklaven ermuntert, körperlich und geistig frei zu werden. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat der Herr Bischof Dr. v. Henle mit seiner Rede, wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, jedenfalls auch einen schlechten Dienst erwiesen, denn auch die Mitglieder dieser Bewegung streben, wenn auch in christlicher Verhüllung, nach besseren wirtschaftlichen Verhältnissen, nach größerer Freiheit und Recht.

In Nr. 30 der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ nimmt nun ein katholischer Geistlicher das Wort, um gegen den Bischof v. Henle aufzutreten. — Die Herren um Ostwald hätten sich aber sein gebüht, wenn die Arbeiterpresse die bischöflichen Ausführungen nicht scharf zurückgewiesen hätte.

Unternehmerbildung.

In Erfurt stehen die Steinmetzen der Firmen Karl Waltherr und Hartmann (Merkel Nachf.) im Streit, weil die Unternehmer sich fortgesetzt weigerten, den im Jahre 1908 vor dem Erfurter Gewerbegericht als Einigungsamt nach langem Kampfe abgeschlossenen Tarif einzuhalten. Herr Waltherr scheint es als seine Lebensaufgabe zu betrachten, mit unsern Kollegen immer auf dem Kriegsfuß zu leben. Lohnunterschiede und mindliche Auseinandersetzungen sind in seinem Betriebe nichts Seltenes. Dieses Gebaren ist den durchreisenden Steinarbeitern so bekannt, daß sie es sehr oft vorziehen, bei W. gar nicht einmal so Arbeit anzufangen. Da nun bei Waltherr Lohnkürzungen vorkamen, so richteten unsere Kollegen ein höfliches Schreiben an ihn. W. setzte sich nun in sein Gemach und brachte folgenden Brief an unsere Verbandsmitglieder heraus:

Erfurt, 11. 7. 1910.

Auf das Schreiben der organisierten Steinmetzen zur Erwiderung: Wenn ich auch überzeugt bin, daß durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik im vorigen Jahre die Lebenshaltung der unteren und mittleren Berufsstände erheblich verschlechtert worden ist, und somit das Bestreben, die Arbeitslöhne zu erhöhen, berechtigt und selbstverständlich ist, muß ich es aber mit Rücksicht auf meine angegriffenen Nerven ganz entschieden ablehnen, mit organisierten Bildhauern, Steinmetzen, Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern in irgendwelche freiwillige Verhinderung zu treten, da sich ein Teil dieser Berufsstände mir gegenüber ohne jede Veranlassung, auf Straßen, öffentlichen Plätzen und an Neubauten nicht wie anständige Arbeiter, sondern wie feiges, feiles, ebrenloses Zuchthausgeland betragt, daß man oft an Neubauten von der Vorstellung befallen wird, man stehe einer Herde dem Zuchthaus entsprungener Verbrecher gegenüber.

Daß sich an diesem viehischen Betragen sogar scheinbar ganz vertierte Weiber von Steinarbeitern beteiligen, läßt erkennen, wie tief der Bildungsgrad in den Familien eines Teils von organisierten Arbeitern herabgesunken ist.

Hochachtungsvoll
Karl Waltherr, Steinmetzmeister.

Ein bekanntes Sprichwort sagt nun: „Bildung macht frei.“ Herr Waltherr aber scheint von — jeglicher Bildung frei zu sein. Das bezeugt sein roher Brief. Das ist der Ton der Gasse. Unsere Kollegen sind dem in der geratenen Briefschreiber jederzeit anständig entgegengekommen, aber von ihm haben wir diese Unständigkeit sehr oft vermisst. — Wenn unsere Kollegen ein solches Schriftstück an Mitglieder des Steinmetzverbandes senden würden, wie würde da im „Steinbildhauer“ über den rüden Ton der Arbeiter losgedonnert werden. — Die Gewerbeinspektionsberichte haben ganz recht, wenn darüber geklagt wird, daß sich unter den Steinmetzmeistern Leute befinden, die nur über eine mangelhafte Bildung verfügen. Hoffentlich wird nun Herr W. in die Gauleitung des Unternehmerverbandes gewählt; sein brieflicher Stil läßt ihn für einen solchen Posten geeignet erscheinen.

Der Krieg auf den Werften.

Auf den Hamburger Schiffswerften sind etwa 3700 Arbeiter in den Streit getreten. Außer den freigewerkschaftlich organisierten haben, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, auch die Kirche und die Christlichen sich zum größten Teil dem Streit angeschlossen. Bei Blohm u. Voß befinden sich 4300, bei der Vulkanwerkst über 2000, bei der Reichertswerkst 1600, bei der Amerika-Linie 700 und auf den kleineren Werften zusammen annähernd 1000 Arbeiter aller Branchen im Ausstand.

Die bedauernswerten Leser der kapitalistischen Blätter werden von diesen angegriffen, daß der Streit mit „grenzenlos frivoler Gewissenlosigkeit“ vom Zaun gebrochen worden sei. Es heißt da u. a.: „Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß diese geradezu übermütigen Forderungen im kräftigsten Widerspruch stehen zur gegenwärtigen Lage der Schiffbauindustrie und daß auch die Lage der Reederei sie nicht im geringsten rechtfertigt.“ Mit dieser „Information“, müssen sich die Leser der Scharfmacherorgane abfinden.

Lassen wir kurz die „übermütigen Forderungen“ der Werftarbeiter und die weitere Ursache des Riesenausstands Renue passieren. Bei der Bundsbedeutung der auf den Schiffswerften beschäftigten gelernten und ungelerten Arbeiterkategorien herrscht naturgemäß auch ein sehr unterschiedlicher Lohn, der durch den am 1. Oktober 1907 in Kraft getretenen und nun abgelaufenen Vertrag in ganz minimaler Weise aufgebessert wurde. Die vorher bestehende Arbeitszeit von 60 Stunden wurde herabgesetzt auf 56 Stunden, während die Löhne nur um soviel aufgebessert wurden, als der Ausfall der vier Stunden betrug. Es handelte sich also nur um eine Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Wochenlöhnen. Die Arbeiter profitierten bei dieser Regelung nur die Herabsetzung der Arbeitszeit. Die effektive Erhöhung des Stundenlohns schwankte von 2 bis 4 Pfg. Das war alles. Und das nennen die kapitalistischen Organe eine durchgreifende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Werften, an denen nichts geändert werden soll.

Was wird nun verlangt? Zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 53 Stunden, Umrechnung des Lohnes für 56 auf 53 Stunden und auf diesen so umgerechneten Lohn soll ein Zuschlag von 10 Prozent erfolgen. Weiter wird verlangt die Regelung der unklaren Akkordlöhne. Die Ueberstunden sollen mit 33 Prozent (bisher 25), Nachtstunden mit 50 (wie bisher) bezahlt werden. Endlich soll die völlig zügellose Ueberzeitarbeit in geordnete Bahnen gelenkt werden. So betrug bei der „noblen“ Amerika-Linie die Arbeitszeit noch 60 Stunden, so daß der Stundenlohn ein niedrigerer war als auf den anderen Werften. Von den meisten Forderungen seien noch erwähnt: Schaffung von Einstellungsstellen für die einzelnen Berufe in der Weise, daß der bei den bisherigen Einstellungsstellen erreichte Wochenverdienst auf 53 Stunden umgerechnet und der erzielte Stundenlohn um 10 Prozent erhöht wird. Die so entstehenden Einstellungsstellen sind für jeden Beruf festzulegen. Bei Lohnakkord wie bei jedem festen Akkord ist ein Mindestüberverdienst von 33 Prozent zu garantieren. Bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit sind dem betreffenden Arbeiter etwaige Akkordüberschüsse unverfügt auszuzahlen usw.

Diese in Anbetracht der seit drei Jahren erfolgten kolossalen Lebensmittelerhöhung und der sonstigen Steigerung aller Bedarfsartikel, der Mieten usw. gewiß äußerst bescheidenen Forderungen wurden im Auftrage der Werftarbeiter unter dem 11. Juli d. J. der Gruppe deutscher Schiffswerften überreicht. In einem Schreiben vom 26. Juli teilten die Unternehmer mit,

die Lage des deutschen Schiffbaues sei nicht derart, daß er irgendwelche Verrückungen oder Maßnahmen vertragen könne, die geeignet sind, seine Leistungsfähigkeit noch mehr zu beeinträchtigen. Die in der letzten Zeit für Neubauten im Kriegs- wie Handelschiffbau erzielten Preise seien so niedrig, daß eher eine Ermäßigung als eine Erhöhung der Löhne daraus resultieren sollte. Die am 1. Oktober 1907 eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 bezw. 56 Stunden pro Woche habe noch nicht bewiesen, daß die Arbeitsleistungen der Arbeiter entsprechend größer geworden seien, so daß die Werften sich auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht einlassen könnten. Den andern Punkten der eingereichten Vorlage könnten die Werften nicht zustimmen, weil sie darin eine Beeinträchtigung des Verhältnisses sowohl zwischen sich und den Arbeitern als auch der einzelnen Arbeiterkategorien zueinander erblickten. Am Schlusse des Schreibens erklärten sich die Unternehmer bereit, mit Vertretern ihrer Arbeiter zusammenzukommen, um ihnen die Gründe für ihre Stellungnahme mündlich zu erläutern, und wollten Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen wie im Jahre 1907 zur Teilnahme an dieser Sitzung einladen.

Dieses Schreiben bedeutet eine Verhöhnung der Arbeiter. Die „Verhandlung“ dachten sich die Unternehmer in dem Sinne, daß sie den Arbeitern auseinanderlegen wollten, daß sie nicht in der Lage seien, etwas zu bewilligen. Durch Herabsetzung der Akkordpreise sind die Arbeiter in schwerster Weise provoziert worden. Die Werftarbeiter wollen nach wie vor einseitig dekretieren, was die Arbeiter, die Proben ihrer Mündigkeit abgelegt haben, sich nicht mehr gefallen lassen wollen.

Die in Betracht kommenden Zentralverbände überließen es nun den lokalen Mitgliedschaften, in der ihnen geeignet erscheinenden Weise vorzugehen. Die Forderungen wurden am 1. August von der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei den Hamburger Werften eingereicht, worauf am Dienstag die ad hoc eingesetzten Kommissionen die abschlägige Antwort der Werften entgegennahmen. Die Werftarbeiter bezw. die Beauftragten des Werftarbeiterverbandes meinten, die Kommissionen sollten sich nochmals an die Organisation der Unternehmer wenden, an dieselbe Organisation, die sich strikte ablehnend verhalten hat. Diese „Antwort“ wurde mit dem an einstimmigkeit grenzenden Beschluß der Arbeitseinstellung beantwortet.

Die Werftarbeiter haben nun am Sonnabend in Hamburg beschlossen, daß 60 Prozent ihrer beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Es wird sich somit ein Riesenkampf entspinnen. Die Arbeiter sind gerüstet, die Unternehmer haben somit keinen leichten Stand mit ihrem scharfmacherischen Auftreten.